

Schriftenreihe Studentische Forschungsprojekte

Studienjahrgang 2015, 5. Semester, WS 2017/2018

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts

Modulverantwortlicher: Dr. Denis Hedermann

Studentische Teilnehmende: Ann-Marie Baumann, Matthias Becker, Sebastian Beiter, Janina Brummer, Juliane Dille, Tina Eckardt, Alexander Faßbender, Eileen Grille, Laura Hill, Elena Hintermayer, Alicia Karg, Phillip Krauß, Lisa Noack, Sebastian Palz, Lennart Schneider

Stand: Dezember 2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Bad Hersfeld, Hennef; Dezember 2017

www.dguv.de/hochschule

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Veröffentlichung darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Rechteinhabers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

ISSN 2626-0646

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
2	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts – Forschungsbericht	7
2.1	Problemaufriss.....	7
2.1.1	Die gesetzlichen Merkmale des Arbeitsunfalls.....	7
2.1.2	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ des BSG.....	8
2.2	Forschungsansatz und Methode.....	9
2.3	Die Rechtsprechung des BSG.....	9
2.3.1	Einhaltung der Reihenfolge des „Prüfschemas“	10
2.3.2	Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“	11
2.3.3	Entwicklung der Rechtsprechung	12
2.3.3.1	Reihenfolge.....	12
2.3.3.2	Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“	13
2.3.4	Sonstiges.....	14
2.4	Ergebnisse und Schlussfolgerungen	14
2.4.1	Reihenfolge.....	14
2.4.2	Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“	15
2.4.3	Sonstiges.....	16
2.5	Fazit.....	17
3	Einzelberichte	18
3.1	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2006/2007.....	18
3.2	Tabelle 2006/2007	19
3.3	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2008/2009.....	21
3.4	Tabelle 2008/2009.....	23
3.5	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2010/2011.....	27
3.6	Tabelle 2010/2011	28
3.7	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2012/2013.....	30
3.8	Tabelle 2012/2013.....	33
3.9	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2014/2015.....	36
3.10	Tabelle 2013/2014	37
3.11	Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2016/2017.....	39
3.12	Tabelle 2016/2017	40
4	Präsentation der Ergebnisse am 8.12.2017, HGU	42

Literaturverzeichnis

Becker, Harald / Franke, Edgar / Molkentin, Thomas (Hrsg.), Sozialgesetzbuch VII, Gesetzliche Unfallversicherung, Lehr und Praxiskommentar, 4. Auflage, 2014, Baden-Baden (zitiert: SGB VII Lehr- und Praxiskommentar/Bearbeiter)

Becker, Peter, Der Arbeitsunfall, SGB 2007, 721

Bereiter-Hahn, Werner/ Mehrtens, Gerhard, Gesetzliche Unfallversicherung - SGB VII - Handkommentar, Stand 04/17, Berlin (zitiert: Bereiter-Hahn/Mehrtens)

Hedermann, Denis, Die GKV in Deutschland – Noch immer eine Arbeiterversicherung?, VSSR 2015, 1

Kainz, Willi Johannes, Der Arbeitsunfall in der gesetzlichen Unfallversicherung – Teil 1, rechtliche Grundlagen der gesetzlichen Unfallversicherung, Neurotransmitter 2012, 20

Kamrad, Edith, Lehrmaterial für die Ausbildung zur/zum Sozialversicherungsfachangestellten, Fachrichtung: Gesetzliche Unfallversicherung, Die Versicherungsfälle, 2015, Bad Hersfeld / Hennef (zitiert: Lehrheft für die Ausbildung zur/zum Sozialversicherungsfachangestellten – Die Versicherungsfälle)

Leitherer, Stephan u.a. (Hrsg.), Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht, Loseblatt, Stand: 96. Ergänzungslieferung, 09/2017, München (zitiert: Kass-Komm/Bearbeiter)

Schlegel, Rainer / Voelzke, Thomas / Brandenburg, Stephan (Hrsg.), juris Praxiskommentar SGB VII, 2. Auflage 2014, Saarbrücken (zitiert: jurisPK-SGB VII/Bearbeiter)

Spellbrink, Wolfgang, Gibt es eine neue BSG-Rechtsprechung zur Kausalitätsprüfung in der Gesetzlichen Unfallversicherung?, SGB 2017, 1

Abkürzungsverzeichnis

§	Paragraf
§§	Paragrafen
Abs.	Absatz / Absätze
Anl.	Anlage
BSG	Bundessozialgericht
bzw.	beziehungsweise
Def.	Definition
etc.	et cetera (= und so weiter)
f.	folgender
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
Gesundheitss.	Gesundheitsschaden
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
haftungsbegr.	haftungsbegründende
HGU	Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung
Hrsg.	Herausgeber
i.V.m.	in Verbindung mit
Nr.	Nummer
öff.	öffentlich/er
Pflichtvers.	Pflichtversicherung
Rn.	Randnummer
S.	Satz / Seite
sachl.	sachlich/er
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB VII	Sozialgesetzbuch VII
sog.	sogenannte/r
Tätigk.	Tätigkeit
u.	und
v.	vom
v.P.	versicherte Person
v.T.	versicherte Tätigkeit
VerstTB	Versicherungstatbestand
vgl.	vergleiche
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
z.B.	zum Beispiel
Zshg./ZSH	Zusammenhang

1 Einleitung

„So machen die das nicht.“ Diese oder ähnliche Bemerkungen fallen regelmäßig, wenn man die Thematik „Das Prüfschema zum Arbeitsunfall des BSG“ anspricht. Zwar behauptet praktisch niemand das Gegenteil, dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die angesprochenen Bemerkungen letztlich ganz häufig „ins Blaue hinein“ erfolgen und allenfalls durch einzelne Beispielsfälle untermauert werden können.

Die Problematik wissenschaftlich aufzuarbeiten und der Frage nachzugehen, „ob die das so machen oder nicht“, war Aufgabe des Forschungsprojektes „Das Prüfschema Arbeitsunfall in der Rechtsprechung des BSG“ im Wintersemester 2017/18 an der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU) in Bad Hersfeld. Dabei wurde die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts aus den letzten 12 Jahren in den Blick genommen. Die grundlegenden Ergebnisse finden sich im nachfolgenden Forschungsbericht. Daneben sind auch sämtliche diesem Bericht zugrundeliegenden Einzelberichte und Unterlagen, die zum Teil noch weitere Details zur Rechtsprechung des BSG aus dem genannten Zeitraum enthalten, hier zu finden. Und nicht zuletzt sind auch die Folien der Präsentation des Forschungsprojektes an der HGU am 8.12.2017 Teil dieser Veröffentlichung. Die Verfasser sind dankbar für jedwede Art von Feedback und werde Nachfragen gerne beantworten.

Bad Hersfeld, im Dezember 2017

Ann-Marie Baumann, Matthias Becker, Sebastian Beiter, Janina Brummer, Juliane Dille, Tina Eckardt, Alexander Faßbender, Eileen Grille, Dr. Denis Hedermann, Laura Hill, Elena Hintermayer, Alicia Karg, Phillip Krauß, Lisa Noack, Sebastian Palz, Lennart Schneider

2 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts – Forschungsbericht

(Hedermann)

2.1 Problemaufriss

Gemäß § 8 Abs. 1 SGB VII sind Arbeitsunfälle „Unfälle versicherter Personen infolge einer den Versicherungsschutz nach § 2, 3 oder 6 begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen.“ Das Gesetz gibt mittels dieser Legaldefinition klar vor, welche Merkmale erfüllt sein müssen, damit ein Arbeitsunfall vorliegt.

Es stellt sich allerdings die Frage, wie diese Merkmale im konkreten Fall zu prüfen sind. Dabei muss sich der Blick natürlich in erster Linie auf die inhaltliche Aufarbeitung der einzelnen Tatbestandsmerkmale richten. Aber auch die Reihenfolge der Prüfung der einzelnen Merkmale muss bedacht werden, wenngleich bereits an dieser Stelle festzuhalten ist, dass für die Bejahung eines Arbeitsunfalls sämtliche Merkmale erfüllt sein müssen und eine (zwingende) Reihenfolge sich allenfalls aus den logischen Aspekten ergeben kann.

2.1.1 Die gesetzlichen Merkmale des Arbeitsunfalls

§ 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII verlangt zunächst das Vorliegen eines „Unfalls“. Dieses Merkmal wiederum wird in § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII legal definiert und lässt sich in drei „Untermerekmale“ zerlegen: Es muss ein zeitlich begrenztes, von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis gegeben sein, ein Gesundheitsschaden oder der Tod muss eingetreten sein und zwischen diesen beiden Merkmalen muss ein verbindender Zusammenhang im Sinne einer kausalen Verknüpfung bestehen, was das Gesetz in den Worten „... die zu ... führen“ zum Ausdruck bringt.

Weitere Merkmale nach § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII sind die „versicherte Person“ und „eine den Versicherungsschutz nach § 2, 3 oder 6 SGB VII begründende Tätigkeit“. Es ist zu überlegen, inwieweit diese Merkmale tatsächlich einen inhaltlich unterschiedlichen Gehalt aufweisen. Ganz sicher ist nicht alles, was eine versicherte Person tut, zugleich auch eine den Versicherungsschutz begründende Tätigkeit. Andersherum ist allerdings keine Fallgestaltung denkbar, in der zwar eine versicherte Tätigkeit vorliegt, diese jedoch von einer nicht versicherten Person ausgeübt wird. Das Gesetz knüpft insoweit gerade nicht an das Merkmal des (irgendwie) „Versichert-Seins“ in der gesetzlichen Unfallversicherung an, sondern an die Ausübung einer ganz konkreten (versicherten) Tätigkeit. Damit ist zumindest für die Prüfung des Versicherungsfalls „Arbeitsunfall“ das Merkmal „versicherte Person“ im Grunde genommen entbehrlich, da es im Falle des Vorliegens einer versicherten Tätigkeit jedenfalls erfüllt ist. Es ist aber insofern von Interesse, als sich hiernach der Versicherungstatbestand, der zur Versicherung in der gesetzlichen Unfallversicherung führt, bestimmt, und damit zum einen die Problematik der Zuständigkeit eines bestimmten Unfallversicherungsträgers ge-

klärt wird, zum anderen aber auch der Inhalt der Prüfung des Vorliegens einer versicherten Tätigkeit, die naturgemäß je nach vorliegendem Versicherungstatbestand der §§ 2, 3 und 6 SGB VII anders zu definieren ist, vorgegeben wird. Zuletzt verlangt das Gesetz auch zwischen „versicherter Tätigkeit“ und „Unfall“ einen kausalen Zusammenhang, der sich aus der Formulierung „infolge“ in § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII ergibt.

Hinsichtlich der Prüfungsreihenfolge dürfte eindeutig sein, dass die verbindenden Zusammenhänge sowohl des Satzes 1 als auch des Satzes 2 der Regelung des § 8 Abs. 1 SGB VII erst am Ende der Prüfung untersucht werden können, nämlich dann, wenn feststeht, dass die Merkmale, zwischen denen Kausalität bestehen muss, auch tatsächlich vorliegen. Anders ausgedrückt: Bevor nicht klar ist, ob ein „Unfall“ und eine „versicherte Tätigkeit“ überhaupt vorliegen, kann kaum sinnvoll untersucht werden, ob die „versicherte Tätigkeit“ kausal für den „Unfall“ war. Gleiches gilt für die Merkmale innerhalb des Unfallbegriffes. Keine Rolle dürfte dagegen spielen, ob zunächst die „versicherte Tätigkeit“ oder der „Unfall“ untersucht werden¹, sofern diese eben vor dem Merkmal „infolge“ geprüft werden, wobei der Begriff des „Unfalls“ dann aber auch vollständig, also wiederum mit allen drei von § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII vorgegebenen Merkmalen geprüft werden muss.

2.1.2 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ des BSG

Aus dem Wortlaut des Gesetzes ergibt sich auch das sog. „Prüfschema Arbeitsunfall“ des Bundessozialgerichts. Es geht im Wesentlichen auf zwei Entscheidungen des BSG aus den Jahren 2005 und 2006 zurück² und fand Eingang in die einschlägige Wissenschaft³ sowie in die Ausbildung und Praxis der UV-Träger.⁴ Trotz – geringfügiger – inhaltlicher Abweichungen in den Details, kann das „Prüfschema“ folgendermaßen skizziert werden⁵:

1. Versicherte Person
2. Grundsätzlich versicherte Tätigkeit
3. Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses
4. Sachlicher bzw. innerer Zusammenhang zwischen 2. und 3.
5. Unfallereignis
6. Unfallkausalität (kausaler Zusammenhang zwischen 2. bis 4. und 5.)
7. Gesundheits(erst-)schaden (oder Tod)
8. Haftungsbegründende Kausalität (kausaler Zusammenhang zwischen 5. u. 7.)

¹ So auch KassKomm/Ricke, § 8 SGB VII, Rn. 3a, dessen Ausführungen zum Sinn und Zweck eines „Prüfschemas“ auch im Übrigen vollumfänglich beizupflichten ist.

² Im Wesentlichen wird hier das Urteil des BSG v. 9.5.2006 – B 2 U 1/05 R genannt; in weiten Teilen aber auch dasjenige v. 12.04.2005 – B 2 U 11/04 R. An dieser Stelle soll nicht diskutiert werden, ob die genannten Urteile tatsächlich eine derartige „Zäsur“ in der Rechtsprechung des BSG zum Arbeitsunfall darstellen, die es rechtfertigt, insoweit den Beginn einer „neuen“ Rechtsprechung des BSG zu proklamieren. So kann etwa auf ein – sehr viel früheres – Urteil des BSG v. 19.03.1996 (2 RU 19/95, noch zu § 548 RVO) verwiesen werden, in dessen Formulierung sich eine ganz ähnliche Struktur findet (vgl. Rn. 16 der Entscheidung).

³ Vgl. Bereiter-Hahn/Mertens, § 8 SGB VII, Rn. 3; Spellbrink, SGB 2017, 1 (1); Becker, SGB 2007, 721 (722); SGB VII Lehr- und Praxiskommentar/Ziegler, § 8, Rn. 7; kritisch dazu KassKomm/Ricke, § 8 SGB VII, Rn. 3a.

⁴ Vgl. etwa Lehrheft für die Ausbildung zur/zum Sozialversicherungsfachangestellten – Die Versicherungsfälle, S. 19.

⁵ Vgl. SGB VII Lehr- und Praxiskommentar/Ziegler, § 8, Rn. 7; Bereiter-Hahn/Mertens, § 8 SGB VII, Rn. 3; Becker, SGB 2007, 721 (722).

Auffällig an diesem „Prüfschema“ ist, dass der – nach dem Gesetz einheitliche – Unfallbegriff „auseinandergerissen“ wird, indem sogleich nach dem Unfallereignis die sog. „Unfallkausalität“ geprüft wird und erst im Anschluss daran der Gesundheitsschaden bzw. Tod. Zudem wird das gesetzliche Tatbestandsmerkmal der „den Versicherungsschutz nach § 2, 3 oder 6 SGB VII begründenden Tätigkeit“ in drei „Unterpunkte“ aufgliedert.

2.2 Forschungsansatz und Methode

„So machen die das nicht.“ Als Arbeitshypothese ist diese Formulierung – zumal angesichts begrenzter zeitlicher und personeller Ressourcen – wenig geeignet. Für die Aufarbeitung von immerhin fast zwölf Jahren Rechtsprechung des BSG zum Thema „Arbeitsunfall“ mussten daher zunächst Leitfragen für die Untersuchung sowie eine Vorgehensweise erarbeitet werden. Als erster Schritt wurde eine Untersuchung sämtlicher Urteile seit 2006 beschlossen. Diese wurde in sechs Arbeitsgruppen vorgenommen, die jeweils einen Zeitraum von zwei Jahren überprüften. Dabei wurde die Dokumentenanalyse zunächst im Wesentlichen auf die Beantwortung zweier Fragen beschränkt:

1. Hält sich das BSG an die Prüfungsreihenfolge des „Prüfschemas“?
2. Hält das BSG die Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem bzw. innerem Zusammenhang“ konsequent durch?

Die Urteile wurden dabei systematisch erfasst und der jeweils geprüfte Versicherungstatbestand aus den §§ 2, 3 oder 6 SGB VII festgehalten. Sodann wurden die genannten Fragen im Sinne einer „Ja-Nein-Antwort“ beantwortet und ggf. (sofern „Nein“) die konkreten Abweichungen festgestellt. Daneben wurden „am Rande“ weitere Beobachtungen bzw. Auffälligkeiten erfasst, wobei es den jeweiligen Forschungsgruppen überlassen war, aus ihrer Sicht relevante Dinge festzuhalten.

Nach Sichtung und Besprechung der auf diese Weise erfassten Urteile, fertigte jede Forschungsgruppe in einem zweiten Schritt einen Bericht für „ihren“ Zeitraum an, in dem die Ergebnisse festgehalten und erste, zunächst nur auf den jeweiligen Zeitraum bezogene, Schlussfolgerungen gezogen wurden. Aus diesen Forschungsberichten ging dann ein Gesamtbericht für den Zeitraum ab 2006 hervor (siehe unter 2.3), woraus dann auch die Schlussfolgerungen und Ergebnisse (siehe unter 2.4) in einer gemeinsamen Analyse erarbeitet wurden. Dabei ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass aufgrund der zeitlichen Vorgaben und der personellen Ressourcen sicher nicht jede Facette der Problematik umfassend aufgearbeitet werden konnte.

2.3 Die Rechtsprechung des BSG

In der Zeit vom 1.1.2006 bis einschließlich 31.3.2017 entschied das BSG 71 Mal über einen Arbeitsunfall.⁶ Die weit überwiegende Zahl der Fälle (49) betraf dabei den Versicherungstatbestand der Beschäftigung aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII. Hieran zeigt

⁶ BSG v. 09.05.2006 – B 2 U 01/05 R; BSG v. 05.09.2006 – B 2 U 24/05 R; BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R, B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 08/06 R, B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 28/06 R, B 2 U 24/06 R; BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 26/06 R; BSG v. 05.02.2008 – B 2 U 25/06 R; BSG v. 18.03.2008 – B 2 U

sich, dass – wie auch in den anderen Versicherungszweigen⁷ – auch in der gesetzlichen Unfallversicherung nach wie vor die Beschäftigung eine erhebliche Bedeutung hat. Weitere Versicherungstatbestände waren § 2 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII,⁸ § 2 Abs. 1 Nr. 8a SGB VII,⁹ § 2 Abs. 1 Nr. 8b SGB VII,¹⁰ § 2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII,¹¹ § 2 Abs. 1 Nr. 13 SGB VII,¹² § 2 Abs. 1 Nr. 14 SGB VII,¹³ § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII,¹⁴ § 2 Abs. 1 Nr. 17 SGB VII,¹⁵ § 2 Abs. 2 SGB VII,¹⁶ und § 6 SGB VII¹⁷, wobei ggf. in einer Entscheidung auch mehrere mögliche Tatbestände angesprochen wurden. Vier Entscheidungen betrafen noch Fallgestaltungen nach der RVO.¹⁸ 26 Entscheidungen behandelten sog. Wegeunfälle nach § 8 Abs. 2 SGB VII¹⁹, auch hier überwiegend aus dem Bereich der Beschäftigtenversicherung.

2.3.1 Einhaltung der Reihenfolge des „Prüfschemas“

Die Reihenfolge des „Prüfschemas“ hielt das BSG in weniger als der Hälfte (27 von 71) aller Entscheidungen ein.²⁰ Hierbei wurde im Rahmen des Forschungsprojektes

13/07 R, B 2 U 2/07 R; BSG v. 18.11.2008 – B 2 U 31/07, B 2 U 27/07 R; BSG v. 02.12.2008 – B 2 U 15/07 R, B 2 U 17/07 R, B 2 U 26/06 R; BSG v. 17.02.2009 – B 2 U 26/07 R, B 2 U 18/07 R; BSG v. 02.04.2009 – B 2 U 29/07 R; BSG v. 12.05.2009 – B 2 U 12/08 R, B 2 U 8/08 R, B 2 U 11/08 R; BSG v. 30.06.2009 – B 2 U 19/08 R, B 2 U 22/08 R; BSG v. 22.09.2009 – B 2 U 4/08 R, B 2 U 27/08 R; BSG v. 27.10.2009 – B 2 U 23/08 R, B 2 U 29/08 R; BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 35/08 R, B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R, B 2 U 11/09 R; BSG v. 09.01.2010 – B 2 U 6/10 R, B 2 U 14/10 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R, B 2 U 10/11 R; BSG v. 31.01.2012 – B 2 U 2/11 R; BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 5/11 R, B 2 U 7/11 R; BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 16/11 R, B 2 U 8/11 R; BSG v. 24.07.2012 – B 2 U 9/11 R; BSG v. 18.09.2012 – B 2 U 20/11 R; BSG v. 13.11.2012 – B 2 U 27/11 R, B 2 U 19/11 R; BSG v. 18.06.2013 – B 2 U 10/12 R, B 2 U 7/12 R; BSG v. 04.07.2013 – B 2 U 3/13 R, B 2 U 12/12 R; BSG v. 14.11.2013 – B 2 U 27/12 R, B 2 U 15/12 R; BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R; BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R, B 2 U 4/13 R; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 10/13 R, B 2 U 18/13 R, B 2 U 13/13 R, B 2 U 14/13 R; BSG v. 23.04.2015 – B 2 U 5/14 R; BSG v. 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R, B 2 U 1/14 R; BSG v. 05.07.2016 – B 2 U 16/14 R, B 2 U 19/14 R, B 2 U 5/15 R; BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R; BSG v. 30.03.2017 – B 2 U 15/15 R.

⁷ Vgl. etwa für die gesetzliche Krankenversicherung *Hedermann, VSSR* 2015, 1.

⁸ BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 5/11 R; BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R.

⁹ BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 29/06 R.

¹⁰ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R.

¹¹ BSG v. 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 10/13 R, B 2 U 14/13 R.

¹² BSG v. 18.11.2008 – B 2 U 27/07 R; BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 7/11 R, BSG v. 18.09.2012 – B 2 U 20/11 R; BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 16/11 R.

¹³ BSG v. 05.02.2008 – B 2 U 25/06 R, BSG v. 12.05.2009 – B 2 U 8/08 R.

¹⁴ BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R.

¹⁵ BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 6/10 R.

¹⁶ BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 5/11 R.

¹⁷ BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R; BSG v. 18.03.2008 – B 2 U 2/07 R.

¹⁸ BSG v. 02.12.2008 – B 2 U 26/06 R; BSG v. 30.06.2009 – B 2 U 19/08 R, B 2 U 22/08 R; BSG v. 27.10.2009 – B 2 U 23/08 R.

¹⁹ BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R, B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 24/06 R; BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 29/06 R; BSG v. 02.12.2008 – B 2 U 15/07 R, B 2 U 17/07 R, B 2 U 26/06 R; BSG v. 17.02.2009 – B 2 U 26/07 R; BSG v. 12.05.2009 – B 2 U 12/08 R, B 2 U 8/08 R, B 2 U 11/08 R; BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R; BSG v. 18.11.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 13.11.2012 – B 2 U 19/11 R; BSG v. 18.06.2013 – B 2 U 10/12 R, B 2 U 7/12 R; BSG v. 04.07.2013 – B 2 U 3/13 R, B 2 U 12/12 R; BSG v. 14.11.2013 – B 2 U 27/12 R; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 18/13 R; BSG v. 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R; BSG v. 05.07.2016 – B 2 U 16/14 R; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R.

²⁰ BSG v. 09.05.2006 – B 2 U 01/05 R; BSG v. 05.09.2006 – B 2 U 24/05 R; BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R, B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 08/06 R, B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 28/06 R; BSG v.

als Prämisse davon ausgegangen, dass die Prüfung nach dem „Prüfschema“ zwingend abzubrechen ist, wenn festgestellt wird, dass eines der Merkmale nicht vorliegt (vgl. dazu noch unten 2.4.1). In der weit überwiegenden Anzahl der Entscheidungen wurde dagegen die Reihenfolge verändert, wobei zumeist der „Unfall“ bzw. das Vorliegen eines „von außen auf den Körper einwirkenden Ereignisses“ an den Anfang der Prüfung gestellt wurde.²¹

2.3.2 Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“

Die Unterscheidung wurde in mehr als zwei Drittel aller Entscheidungen²² (50 von 71) vorgenommen. In den anderen Fällen findet sie sich nicht bzw. nicht explizit. Zuweilen ist es allerdings schwierig zu beurteilen, ob die Unterteilung vorgenommen wird. Als Beispiel mag hier etwa die Entscheidung vom 20.03.2007²³ (Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2a SGB VII) dienen, bei der die Unterscheidung nicht ganz deutlich herausgearbeitet wurde. Das BSG hat es in der genannten Entscheidung im Ergebnis abgelehnt, dass das Zurücklegen des Weges mit der versicherten Tätigkeit der Klägerin zusammenhängt, wie es im Gesetz verlangt wird.²⁴ „Mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängend“ kennzeichnet laut BSG – zu Recht – nicht einen Kausalzusammenhang, sondern gerade den in der Unterteilung im „Prüfschema“ zum Ausdruck kommenden, durch die Wertentscheidung zu bestimmenden inneren sachlichen Zusammenhang des unfallbringenden Weges mit der eigentlich versicherten Tätigkeit. Ungewöhnlich ist aber, dass das BSG sodann von einer Zuordnung der zum Unfall führenden Verrichtung spricht und dabei auf den Begriff „infolge“ aus § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII verweist, der jedoch die sog. „Unfallkausalität“ und nicht den inneren sachlichen Zusammenhang widerspiegelt. Insoweit sind die Ausführungen des BSG hier nicht ganz nachvollziehbar. Es spricht aber mehr dafür, dass auch hier die Unterteilung in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses und

30.10.2007 – B 2 U 26/06 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R, B 2 U 10/ 11 R; BSG v. 31.01.2012 – B 2 U 2/11 R; BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 7/11 R; BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 16/11 R, B 2 U 8/11 R; BSG v. 18.19.2012 – B 2 U 20/11 R; BSG v. 13.11.2012 – B 2 U 27/11 R, B 2 U 19/11 R; BSG v. 18.06.2013 - B 2 U 7/12 R; BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R; BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R; BSG v. 04.12.2014 - B 2 U 10/13 R, B 2 U 13/13 R; BSG v. 30.03.2017 – B 2 U 15/15 R.

²¹ Vgl. beispielsweise BSG v. 18.03.2008 – B 2 U 13/07 R; BSG v. 30.06.2009 – B 2 U 19/08; BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R; BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 6/10 R; BSG v. 05.07.2016 – B 2 U 16/14 R.

²² BSG v. 09.05.2006 – B 2 U 01/05 R; BSG v. 05.09.2006 – B 2 U 24/05 R; BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R, B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 08/06 R, B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 28/06 R, B 2 U 24/06 R, BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 26/06 R; BSG v. 05.02.2008 – B 2 U 25/06 R; BSG v. 18.03.2008 – B 2 U 13/07 R, B 2 U 2/07 R; BSG v. 18.11.2008 – B 2 U 31/07; BSG v. 02.12.2008 – B 2 U 15/07 R, B 2 U 17/07 R, B 2 U 26/06 R; BSG v. 17.02.2009 – B 2 U 26/07 R, B 2 U 18/07 R; BSG v. 02.04.2009 – B 2 U 29/07 R; BSG v. 12.05.2009 – B 2 U 12/08 R, B 2 U 8/08 R, B 2 U 11/08 R; BSG v. 30.06.2009 – B 2 U 19/08 R, B 2 U 22/08 R; BSG v. 22.09.2009 – B 2 U 4/08 R, B 2 U 27/08 R; BSG v. 27.10.2009 – B 2 U 23/08 R, B 2 U 29/08 R; BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 35/08 R; BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 14/10 R, B 2 U 6/10 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R; BSG v. 13.11.2012 – B 2 U 19/11 R; BSG v. 18.06.2013 – B 2 U 10/12 R, B 2 U 7/12 R; BSG v. 14.11.2013 – B 2 U 27/12 R; BSG v. 31.01.2012 – B 2 U 2/12 R; BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R; BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 10/13 R, B 2 U 18/13 R, B 2 U 13/13 R, B 2 U 14/13 R; BSG v. 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R; BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R.

²³ B 2 U 19/06 R.

²⁴ BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R, Rn. 11.

innerer bzw. sachlicher Zusammenhang“ eingehalten werden sollte. Daneben wird auch in der Entscheidung vom 18.11.2008²⁵ keine Unterteilung vorgenommen. Diese Entscheidung betrifft einen Sachverhalt nach § 2 Abs. 1 Nr. 13a bzw. 13c SGB VII. Das BSG führt hierzu – völlig zu Recht – aus, dass bei diesen Tatbeständen eine sinnvolle Trennung zwischen grundsätzlich versicherter Tätigkeit und konkreter Verrichtung schon praktisch häufig gar nicht möglich ist.²⁶ Dies ist insofern konsequent, als das BSG bereits in einer Entscheidung vom 10.10.2006²⁷ die Unterscheidung zwar in Bezug auf den dort geprüften Wegeunfall, nicht aber bezüglich des – nur kurz erwähnten – Tatbestands des § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII, bei dessen Prüfung nur die versicherte Tätigkeit als solche untersucht wurde, eingehalten hatte.²⁸ Auch in anderen Entscheidungen sind die Ausführungen teilweise nicht ganz eindeutig. So ist etwa in der Entscheidung vom 04.07.2013 von einem „untrennbaren Zusammenhang“ die Rede.²⁹

2.3.3 Entwicklung der Rechtsprechung

Aus der bloßen Statistik von Einhaltung oder Nichteinhaltung von Reihenfolge oder Unterteilung bestimmter Tatbestandsmerkmale in „Unterpunkte“ können nur sehr begrenzte Rückschlüsse gezogen werden. Wesentlich interessanter ist insoweit ein Blick auf die Entwicklung der Rechtsprechung.

2.3.3.1 Reihenfolge

In den ersten beiden Jahren (2006/2007) seit „Installation“ des „Prüfschemas“ hielt das BSG dessen Reihenfolge fast durchweg ein, lediglich in einer Entscheidung, die sich aber bereits gegen Ende dieses Zeitraums befindet,³⁰ ist dies nicht der Fall. In allen weiteren Urteilen wurde die Prüfreihenfolge nach dem „Prüfschema“ vom BSG eingehalten. Ein klassisches Beispiel hierfür ist etwa das Urteil vom 30.01.2007.³¹ Die Entscheidung wird in drei Abschnitte unterteilt: im ersten wird die versicherte Tätigkeit, die Verrichtung zur Zeit des Unfalls sowie der innere sachliche Zusammenhang untersucht.³² Im zweiten Abschnitt wird das Unfallereignis und der Gesundheits(erst-)schaden überprüft³³ und im dritten Abschnitt die Unfallkausalität geprüft.³⁴

Ab dem Jahre 2008 erfolgt hinsichtlich der Einhaltung der Reihenfolge ein drastischer Einschnitt. In den immerhin 20 Entscheidungen³⁵ der Jahre 2008 und 2009 wurde die Reihenfolge nicht ein einziges Mal eingehalten.

²⁵ B 2 U 27/07 R.

²⁶ Vgl. BSG v. 18.11.2006 – B 2 U 27/07 R, Rn. 18.

²⁷ B 2 U 20/05 R.

²⁸ BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R, Rn. 29.

²⁹ Vgl. BSG v. 04.07.2013 – B 2 U 3/13 R, Rn. 16.

³⁰ BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 24/06 R.

³¹ B 2 U 8/06 R.

³² B 2 U 8/06 R, Rn. 12.

³³ B 2 U 8/06 R, Rn. 15.

³⁴ B 2 U 8/06 R, Rn. 18.

³⁵ BSG v. 05.02.2008 – B 2 U 25/06 R; BSG v. 18.03.2008 – B 2 U 13/07 R, B 2 U 2/07 R; BSG v. 18.11.2008 – B 2 U 31/07, B 2 U 27/07 R; BSG v. 02.12.2008 – B 2 U 15/07 R, B 2 U 17/07 R, B 2 U 26/06 R; BSG v. 17.02.2009 – B 2 U 26/07 R, B 2 U 18/07 R; BSG v. 02.04.2009 – B 2 U 29/07 R; BSG v. 12.05.2009 – B 2 U 12/08 R, B 2 U 8/08 R, B 2 U 11/08 R; BSG v. 30.06.2009 – B 2 U 19/08 R, B 2 U 22/08 R; BSG v. 22.09.2009 – B 2 U 4/08 R, B 2 U 27/08 R; BSG v. 27.10.2009 – B 2 U 23/08 R, B 2 U 29/08 R.

Im weiteren zeitlichen Verlauf zeigt sich ein gemischtes Bild. Ab dem Jahr 2010 wurde die Reihenfolge in 17³⁶ von 40 Entscheidungen eingehalten, in den anderen 23 Entscheidungen nicht. Eine klare Tendenz lässt sich insoweit nicht feststellen.

2.3.3.2 Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“

Auch hier ist in den ersten Jahren deutlich erkennbar, dass das BSG die Unterscheidung vornimmt. Ausnahmen stellen lediglich einige wenige Entscheidungen dar. Bei der Entscheidung vom 20.03.2007³⁷ wurde die Unterscheidung zwar nicht ganz eindeutig vorgenommen, aber noch als eingehalten qualifiziert (vgl. dazu oben unter 2.3.2). Daneben ist noch die Entscheidung vom 18.11.2008³⁸ zu nennen, bei der die Unterteilung nicht vorgenommen wurde (vgl. zu den Gründen oben 2.3.2), gleiches gilt für die Entscheidung vom 10.10.2006³⁹, soweit dort der Tatbestand des § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII geprüft wurde. Die Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem bzw. innerem Zusammenhang“ geschieht ansonsten praktisch durchgehend bis zum Ende des Jahres 2011.

Mit der konsequenten Unterscheidung bricht das BSG dann jedoch in den Entscheidungen vom 29.11.2011.⁴⁰ In diesen – und seither wiederum praktisch durchweg – prüft das BSG beim Tatbestand des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (Beschäftigung) nicht mehr in der Unterteilung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“. Stattdessen wird direkt untersucht, ob eine „den Versicherungsschutz begründende Tätigkeit“ bzw. „versicherte Tätigkeit“ vorliegt. Dies kommt auch – mit kurzer zeitlicher Verzögerung – in den vom BSG verwendeten „Textbausteinen“ zum Ausdruck. War bis Anfang 2012⁴¹ noch die Rede davon, dass „*die Verrichtung des Versicherten zur Zeit des Unfalls einer versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist (innerer bzw. sachlicher Zusammenhang)*“, so lautete die Formulierung in der Entscheidung vom 15.5.2012⁴², dass „*eine Verrichtung des Verletzten zur Zeit des Unfalls (genauer: davor) ... den gesetzlichen Tatbestand einer versicherten Tätigkeit erfüllt*“ haben muss. Zwar taucht in späteren Formulierungen gelegentlich – nicht immer – wieder der „innere bzw. sachliche Zusammenhang“ auf,⁴³ allerdings in der Regel nur im Textbaustein, in der konkreten Prüfung wird diese Terminologie nicht mehr verwendet, sondern direkt das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit geprüft. Die Verwendung der „Textbausteine“ zeigt auch im Übrigen kein einheitliches Bild. So nimmt das BSG bei Wegeunfällen (auch im Bereich der Beschäftigtenversicherung) die Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem bzw. innerem Zusammenhang“ weiterhin – im Rahmen der konkreten Prüfung – vor (dazu gleich noch), in den „Textbausteinen“ findet dies jedoch nur

³⁶ BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R, B 2 U 10/ 11 R; BSG v. 31.01.2012 – B 2 U 2/11 R; BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 7/11 R; BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 16/11 R, B 2 U 8/11 R; BSG v. 18.19.2012 – B 2 U 20/11 R; BSG v. 13.11.2012 – B 2 U 27/11 R, B 2 U 19/11 R; BSG v. 18.06.2013 - B 2 U 7/12 R; BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R; BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R; BSG v. 04.12.2014 - B 2 U 10/13 R, B 2 U 13/13 R; BSG v. 30.03.2017 – B 2 U 15/15 R.

³⁷ B 2 U 19/06 R.

³⁸ B 2 U 27/07 R.

³⁹ B 2 U 20/05 R.

⁴⁰ BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R und B 2 U 10/11 R.

⁴¹ BSG v. 31.01.2012 – B 2 U 2/11 R, Rn. 16.

⁴² B 2 U 8/11 R, Rn. 19.

⁴³ Vgl. zuletzt BSG v. 30.03.2017 – B 2 U 5 /15 R, Rn. 14.

teilweise Ausdruck. So wird der Begriff des „sachlichen bzw. inneren Zusammenhangs“ zuweilen⁴⁴ erwähnt, in anderen Entscheidungen⁴⁵ aber wiederum nicht, obgleich er inhaltlich immer geprüft wurde.

Die Aufgabe der Unterteilung in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“ in der konkreten Prüfung des Falles geschah im Bereich der Beschäftigtenversicherung aber bis auf wenige Entscheidungen⁴⁶ ausnahmslos. Das BSG spricht insoweit (bezüglich der Terminologie „sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“) selbst von einem „*früheren Sprachgebrauch*“.⁴⁷

Bei anderen Versicherungstatbeständen als § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (mit Ausnahme des § 2 Abs. 1 Nr. 13 SGB VII⁴⁸) sowie bei Wegeunfällen (auch im Bereich der Beschäftigtenversicherung) prüft das BSG allerdings auch weiterhin in der Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang.“⁴⁹

2.3.4 Sonstiges

Im Übrigen war festzustellen, dass die „Zergliederung“ des Unfallbegriffs aufgrund der Reihenfolge des „Prüfschemas“ (Prüfung der „Unfallkausalität“ zwischen „Unfallereignis“ und Gesundheitsschaden oder Tod) dazu führt, dass das BSG den Begriff des „Unfalls“ fast durchgehend synonym mit dem des „zeitlich begrenzten, von außen auf den Körper einwirkenden Ereignisses“ verwendet.⁵⁰

2.4 Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Insgesamt ist festzustellen, dass das BSG sich allenfalls bedingt an die Reihenfolge des „Prüfschemas Arbeitsunfall“ hält und mit fortschreitender Zeitdauer dessen Vorgaben zunehmend verlässt. Auch die Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem bzw. innerem Zusammenhang“ wird inzwischen nicht mehr in allen Fällen vorgenommen.

2.4.1 Reihenfolge

So ist das Bundessozialgericht hinsichtlich der Prüfungsreihenfolge nur für einen relativ kurzen Zeitraum konsequent. Die Ursachen hierfür sind nicht eindeutig zu ermitteln.

Einerseits ist es dem Gericht natürlich unbenommen, unproblematisch vorliegende Tatbestandsmerkmale in der Prüfung „nach vorn“ zu ziehen und sich sodann erst den schwieriger zu beurteilenden Voraussetzungen zu widmen, zumal – wie eingangs

⁴⁴ BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R, Rn. 12.

⁴⁵ BSG v. 04.07.2013 – B 2 U 3/13 R, Rn. 10.

⁴⁶ Vgl. BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R; BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R.

⁴⁷ Vgl. BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 8/11 R, Rn. 47.

⁴⁸ Vgl. BSG v. 27.03.2012 – B 2 U 7/11 R; BSG v. 18.09.2012 – B 2 U 20/11 R; BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 16/11 R.

⁴⁹ Vgl. etwa BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 10/13 R, B 2 U 13/13 R, B 2 U 14/13 R; BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R.

⁵⁰ Exemplarisch BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R, Rn. 10; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R, Rn. 13: „... *erlitt ... eine zeitlich begrenzte, von außen kommende Einwirkung auf seinen Körper und damit einen Unfall iS des § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII.*“

(siehe oben 2.2) erwähnt – die Prüfreihenfolge insoweit keine Rolle spielt, als alle Tatbestandsmerkmale für das Vorliegen eines Arbeitsunfalls erfüllt sein müssen.⁵¹ Indes darf aber auch nicht verkannt werden, dass eben eine konsequente Einhaltung des „Prüfschemas“ zwingend einen „Abbruch“ der Prüfung bei Nichtvorliegen eines Tatbestandsmerkmals nach sich ziehen müsste. Anders ausgedrückt dürften die unproblematischen Tatbestandsmerkmale danach nur dann erörtert (und „nach vorn“ gezogen) werden, wenn im Ergebnis das Vorliegen eines Arbeitsunfalls bejaht wird, was aber nicht einmal bei der Hälfte der betroffenen Entscheidungen der Fall war. Andererseits mag man dem BSG insoweit auch zu Gute halten können, dass es als Revisionsinstanz auch für die Rechtsfortbildung bzw. die Wahrung der Einheit der Rechtsprechung zuständig ist, § 160 Abs. 2 SGG, und es daher legitim oder sogar geboten ist, ggf. auch weitere Ausführungen, die mit der Entscheidung des konkreten Falles nur am Rande zu tun haben, zu tätigen. Dies war aber ersichtlich nicht in jeder Entscheidung der Fall oder gar notwendig.

Hinsichtlich der Reihenfolge des „Prüfschemas“ liegt – mangels anderer erkennbarer Gründe – daher die Vermutung nahe, dass dem BSG an deren Einhaltung nicht viel gelegen ist.

Letztlich hat das BSG diesbezüglich den Wortlaut des Gesetzes, der – wenn überhaupt – eher eine andere Reihenfolge der Prüfung nahelegt, auf seiner Seite. Es wäre aber vielleicht wünschenswert, wenn seitens des BSG auch klargestellt würde, dass es die Einhaltung einer ganz bestimmten Reihenfolge für verzichtbar hält.

2.4.2 Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“

Die Aufgabe der Unterteilung in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“ seit Ende des Jahres 2011 im Bereich der Beschäftigtenversicherung ist durchaus bemerkenswert, wird doch in der einschlägigen Literatur gerade in dem Bereich die Sinnhaftigkeit der Unterteilung anerkannt, was sich in der Regel in der Formulierung ausdrückt, *„dieser Zwischenschritt, der im Wortlaut des SGB VII nicht unmittelbar zu finden ist“*, sei *„notwendig, weil nicht das gesamte Handeln und Leben z.B. eines als Beschäftigter nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII versicherten Arbeitnehmers im Laufe seines Arbeitstages unter Versicherungsschutz steht, wie schon aus der Definition des Arbeitsunfalls als Unfall „infolge“ einer versicherten Tätigkeit abzuleiten ist“*⁵², wobei allerdings auch insoweit der Hinweis auf den Begriff „infolge“ nicht vollkommen nachvollziehbar ist, da dieser die sog. „Unfallkausalität“ und nicht etwa den inneren sachlichen Zusammenhang widerspiegelt.

Der Hintergrund dieser „neuen“ Rechtsprechung des BSG ist denn auch nicht ganz klar. Dass hier eine Änderung stattgefunden hat, hat das BSG durch den Hinweis auf den *„früheren Sprachgebrauch“*⁵³ selbst ganz explizit geäußert, die Gründe hierfür aber nicht erläutert. Letztlich dürften es möglicherweise dogmatische Gesichtspunkte

⁵¹ Im Ergebnis unter Hinweis auf „prüfungsökonomische“ Aspekte ebenso KassKomm/Ricke, § 8 SGB VII, Rn. 3a.

⁵² Becker, SGB 2007, 721 (722).

⁵³ Vgl. BSG v. 15.05.2012 – B 2 U 8/11 R, Rn. 47.

sein, die das BSG dazu veranlasst haben. Aus diesem Blickwinkel ist die neue Vorgehensweise jedenfalls begrüßenswert, da sie sich deutlicher am Wortlaut des Gesetzes orientiert. Wenn das BSG verlangt, „*dass der Verletzte durch eine Verrichtung vor dem fraglichen Unfallereignis den gesetzlichen Tatbestand einer versicherten Tätigkeit erfüllt hat und deshalb „Versicherter“ ist*“, so werden damit die Merkmale „versicherte Person“ und „den Versicherungsschutz begründende Tätigkeit“ sinnvoll umgesetzt. Es ist auch nicht ersichtlich, weshalb der „Umweg“ über die Dreiteilung des Prüfungspunktes gegangen werden sollte, wenn auch direkt geprüft werden kann, ob das Handeln des Verletzten den gesetzlichen Tatbestand einer versicherten Tätigkeit erfüllt und er – sofern man dies bejaht – damit (zwangsläufig) Versicherter ist.

Weshalb das BSG denn doch in seltenen Fällen⁵⁴ die Unterteilung auch im Hinblick auf den Tatbestand der Beschäftigung aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII vornimmt, kann hier nicht letztverbindlich beantwortet werden. Möglicherweise handelt es sich um sprachliche „Ausrutscher“ oder „Rückfälle“, eventuell erscheint es dem BSG sinnvoll, in bestimmten „Sonderkonstellationen“ doch wieder auf die Unterteilung zurückzugreifen, etwa beim Vorliegen einer sog. „gemischten Tätigkeit.“⁵⁵

Diese Ausführungen gelten allerdings nicht bei Wegeunfällen. Hier ist der – vom BSG weitgehend vorgenommenen – Prüfung des sachlichen Zusammenhangs inhaltlich zuzustimmen, da sich die Versicherung von Wegen vom und zum Beschäftigungsort in der gesetzlichen Unfallversicherung nicht ohne weiteres ergibt und einer gesonderten Begründung bedarf. Dass solche Wege überhaupt versichert sind, ist nicht selbstverständlich, insbesondere in Anbetracht einer fehlenden zivilrechtlichen Einstandspflicht von Unternehmen für diesbezügliche Unfälle. Als Korrektiv zu dieser rechtlichen Situation hat die Rechtsprechung stets einen Zusammenhang zwischen Weg und betrieblicher Tätigkeit gefordert, der im Wortlaut des § 8 Abs. 2 SGB VII auch zum Ausdruck kommt („...des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden Weges...“).⁵⁶

Insgesamt ist es schwierig, eine Prognose zu treffen, wie das BSG in Zukunft mit der Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem bzw. innerem Zusammenhang“ umgehen wird. Es mag sich letztlich nur um Worte handeln (auf die inhaltliche Entscheidung wird die Aufgabe der Dreiteilung keinen Einfluss haben), aber auch hier wäre eine Klarstellung seitens des BSG wünschenswert.

2.4.3 Sonstiges

Während das Vorgehen des BSG hinsichtlich der Prüfungsreihenfolge und der Ausfüllung einzelner Tatbestandsmerkmale zumindest nachvollziehbar ist, ist indes die weitgehend synonyme Verwendung der Begriffe „Unfall“ und „zeitlich begrenztes, von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis“ durchaus kritikwürdig. Diese, wohl auf der „Zwischenschaltung“ der Prüfung der Unfallkausalität zwischen die einzelnen Elemente des Unfalls aus § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII beruhende (vgl. dazu oben 2.1.2), Verwendung der Begriffe entspricht nicht dem Gesetzeswortlaut, der im Übrigen auch einen Zusammenhang eben nicht nur zwischen „versicherter Tätigkeit“ und „Unfallereignis“, sondern zwischen „versicherter Tätigkeit“ und „Unfall“ verlangt, mag dies auch in den allermeisten praktischen Fällen nicht zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.

⁵⁴ Vgl. BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R; BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R.

⁵⁵ So im Urteil des BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R.

⁵⁶ Vgl. dazu auch jurisPK-SGB VII/Wagner, § 8 Rn. 177 f.

2.5 Fazit

„So machen die das nicht.“ Im Ergebnis kann man dieser Aussage weitgehend zustimmen, wenngleich die untersuchten Entscheidungen des BSG denn doch ein um einiges differenzierteres Bild ergeben. Gleichwohl ist es sicher gerechtfertigt, zumindest eine zunehmende Tendenz der Loslösung vom „Prüfschema Arbeitsunfall“ des Jahres 2006 zu konstatieren. Das BSG hatte bereits im Jahre 2012⁵⁷ einmal angedeutet, dass es ein „völlig neues, siebenstufiges Prüfschema zum Arbeitsunfall“⁵⁸ geben könnte. Mag es dazu auch bislang nicht gekommen sein, so tun doch möglicherweise Praxis und Wissenschaft gut daran, sich auf Veränderungen des immer noch als gängig erachteten „Prüfschemas“ sowie der darin enthaltenen Prüfung einzelner Tatbestandsmerkmale einzustellen.

⁵⁷ Vgl. Terminbericht 41/12 vom 27.07.2012, Nr. 1).

⁵⁸ So *Spellbrink*, SGB 2017, 1 (2).

3 Einzelberichte

3.1 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2006/2007

(Baumann/Becker/Karg)

In dem genannten Zeitraum (bis einschließlich 30.10.2007) hatte das BSG elf Mal¹ über einen Arbeitsunfall zu entscheiden. Maßgebender Versicherungstatbestand war neunmal § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (Beschäftigung)², einmal § 6 Abs. 1 Nr. SGB VII (freiwillige Versicherung)³ und einmal § 2 Abs. 1 Nr. 8a SGB VII (Schülerversicherung)⁴, davon siebenmal in Form des sog. „Wegeunfalls“⁵ nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII sowie § 8 Abs. 2 Nr. 2a SGB VII und § 8 Abs. 2 Nr. 5 SGB VII.

Die Prüfungsreihenfolge nach dem „Prüfschema“ hielt das BSG hierbei nur einmal nicht ein.⁶ In der fraglichen Entscheidung werden erst alle anderen Tatbestandsmerkmale festgestellt, bevor dann die versicherte Tätigkeit untersucht wird (siehe Rn. 10 des Urteils). Das BSG prüft erst, ob Zweifel an den Ursachenzusammenhängen von der zum Zeitpunkt des Unfalls ausgeübten Verrichtung bestehen als auch, ob der sachliche Zusammenhang zwischen der grundsätzlich versicherten Tätigkeit und der Verrichtung zur Zeit des Unfalls vorliegt. Erst danach wird explizit auf die versicherte Tätigkeit eingegangen (ab Rn. 11 des Urteils).

In allen weiteren Urteilen wurde die Prüfreihenfolge nach dem „Prüfschema“ vom BSG eingehalten. Ein klassisches Beispiel etwa hierfür ist das Urteil vom 30.01.2007 – B 2 U 08/06 R. Das Urteil wird in drei Abschnitte unterteilt: unter dem ersten wird die versicherte Tätigkeit, die Verrichtung zur Zeit des Unfalls sowie der innere/sachliche Zusammenhang untersucht (Rn. 12 des Urteils), im zweiten Abschnitt wird das Unfallereignis und der Gesundheits(erst-)schaden überprüft (Rn. 15 des Urteils) und im dritten Abschnitt wird die Unfallkausalität näher untersucht (Rn. 18 der Entscheidung).

Was die Unterteilung der Prüfung im Bereich der versicherten Tätigkeit in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich innerer Zusammenhang“ anbelangt, so zeigt sich im fraglichen Zeitraum folgendes:

¹BSG v. 09.05.2006 – B 2 U 01/05 R; BSG v. 05.09.2006 – B 2 U 24/05 R; BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R, B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 08/06 R, B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 28/06 R, B 2 U 24/06 R, BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 26/06 R.

²BSG v. 09.05.2006 – B 2 U 01/05 R; BSG v. 05.09.2006 – B 2 U 24/05 R; BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 08/06 R, B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 28/06 R, B 2 U 24/06 R.

³BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R.

⁴BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 29/06 R.

⁵BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R; BSG v. 12.12.2006 – B 2 U 28/05 R, B 2 U 1/06 R; BSG v. 30.01.2007 – B 2 U 23/05 R; BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R; BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 24/06 R; BSG v. 30.10.2007 – B 2 U 29/06 R.

⁶BSG v. 04.09.2007 – B 2 U 24/06 R.

Das BSG nimmt diese Unterteilung immer vor. In einer Entscheidung sind die Ausführungen insoweit allerdings nicht ganz eindeutig.⁷ In dem betreffenden Urteil war fraglich, ob ein Wegeunfall gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2a SGB VII vorliegt. Das BSG hat es im Ergebnis abgelehnt, dass das Zurücklegen des Weges mit der versicherten Tätigkeit der Klägerin zusammenhängt, wie es im Gesetz verlangt wird.⁸ „Mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängend“ kennzeichnet laut BSG – zu Recht – nicht einen Kausalzusammenhang, sondern gerade den in der Unterteilung im Prüfschema zum Ausdruck kommenden, durch die Wertentscheidung zu bestimmenden inneren bzw. sachlichen Zusammenhang des unfallbringenden Weges mit der eigentlich versicherten Tätigkeit. Ungewöhnlich ist aber, dass das BSG sodann von einer Zuordnung der zum Unfall führenden Verrichtung spricht und dabei auf den Begriff „infolge“ aus § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII verweist, der jedoch die Unfallkausalität und nicht den inneren bzw. sachlichen Zusammenhang widerspiegelt. Insoweit sind die Ausführungen des BSG hier nicht ganz nachvollziehbar. Es spricht aber mehr dafür, dass auch hier die Unterteilung in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich innerer Zusammenhang“ eingehalten werden sollte.

Bei allen weiteren Urteilen wurde die Unterteilung der Prüfung im Bereich der versicherten Tätigkeit in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich innerer Zusammenhang“ vorgenommen. Eine Auffälligkeit weist insoweit nur noch das Urteil vom 10.10.2006⁹ auf, in dem die Unterscheidung nur in Bezug auf den Wegeunfall vorgenommen wurde, nicht aber bezüglich des – nur kurz erwähnten – Tatbestands des § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII, bei dessen Prüfung nur die versicherte Tätigkeit als solche untersucht wurde (Rn. 29 der Entscheidung).

3.2 Tabelle 2006/2007

Datum	Aktenzeichen	Inhalt	VersTB	Reihenfolge Prüfschema	Abweichung	Unterscheidung grds. vers. Tätigk. / Verrichtung / sachlicher Zusammenhang	Abweichung	Sonstiges
09.05.2006	B 2 U 01/05 R	Kausalzusammenhang zw. AU und seelischer Krankheit	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja	_____	
05.09.2006	B 2 U 24/05 R	Klage für Anerkennung AU, § 44 SGB X	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja	_____	
10.10.2006	B 2 U 20/05 R	Dienstreise, Wegeunfall, privater Besuch	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 (2) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja, bzgl. des Wegeunfalls	Aber: Rn. 29 (TB aus § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII) - dort macht das BSG keine Unterscheidung zw. grds. vers. Tätigkeit/ Verrichtung/ sachl. Zshg.	

⁷ BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R.

⁸ BSG v. 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R, Rn. 11.

⁹ BSG v. 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R.

3 Einzelberichte

12.12.2006	B 2 U 28/05 R	häuslicher Arbeitsplatz, Sturz bei Verwahrung von Akten	§ 6 (1) Nr. 1 SGB VII i.V.m § 8 (2) Nr. 1, 5 SGB VII	ja	_____	ja	_____	
12.12.2006	B 2 U 1/06 R	häuslicher Arbeitsplatz, Außendiensttätigkeit, Sturz im Treppenhaus, Weg zum Kunden	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 (2) Nr. 1, 5 SGB VII	ja	_____	ja	_____	
30.01.2007	B 2 U 08/06 R	Geschäftsessen auf Dienstreise, Nussallergie, innere Ursache, Gelegenheitsursache	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja	_____	klassisches Beispiel für die Einhaltung des Prüfschemas
30.01.2007	B 2 U 23/05 R	Wegeunfall, drogen- u. alkoholbedingte Fahruntüchtigkeit, Verkehrsunfall	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 (2) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja	_____	
20.03.2007	B 2 U 19/06 R	Wegeunfall, Kindertransport	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 (2) Nr. 1, 2a SGB VII	ja	_____	nein	innerer sachlicher Zusammenhang und Unfallkausalität werden synonym verwendet (Rn. 11)	
04.09.2007	B 2 U 28/06 R	AU, sachl. Zushg., Selbsttötungsabsicht, ungeklärter Umstand	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja	_____	
04.09.2007	B 2 U 24/06 R	Wegeunfall, Unterbrechung	§ 2 (1) Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 (2) Nr. 1 SGB VII	nein	Rn. 10: es werden erst alle anderen TBM festgestellt, bevor dann die vers. Tätigkeit untersucht wird	ja	_____	
30.10.2007	B 2 U 29/06 R	Schüler-UV, Wegeunfall, Unterbrechung	§ 2 (1) Nr. 8a SGB VII i.V.m. § 8 (2) Nr. 1 SGB VII	ja	_____	ja	_____	

3.3 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2008/2009

(Beiter/Faßbender/Palz)

Im genannten Zeitraum hatte das BSG zwanzig Mal über einen Arbeitsunfall zu entscheiden.¹⁰ Die Versicherungstatbestände waren vielfältig. Oftmals handelte es sich um den Versicherungsschutz aufgrund Beschäftigung gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII¹¹, davon sechs Mal in Form des sogenannten „Wegeunfalls“ nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII.¹² Außerdem war der Versicherungsschutz aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 14 SGB VII¹³, § 2 Abs. 1 Nr. 13 SGB VII¹⁴ sowie § 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII¹⁵ zu prüfen. Vier Mal wurde der Versicherungsschutz auch unter Bezugnahme auf die damals geltende RVO geprüft.¹⁶

Bei der Prüfung hielt sich das BSG in keinem einzigen Fall an sein eigens aufgestelltes Prüfschema für die Feststellung des Vorliegens eines Arbeitsunfalles.¹⁷

Bei der genauen Betrachtung der Prüfreihenfolge fallen folgende Besonderheiten auf: Sofern sich das BSG mit der Prüfung eines Wegeunfalls beschäftigt, wird die Prüfungsreihenfolge wie bereits festgestellt nicht eingehalten. Oftmals beginnt die Prüfung mit einer reinen Auflistung der seitens des LSG / SG getätigten Feststellungen.

Bezüglich der Begrifflichkeit des „Unfalls“ verwendet das BSG in allen Fällen das Synonym des „Unfallereignisses“.¹⁸

Betrachtet man die Prüfungspunkte „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich-innerer Zusammenhang“ so ist im fraglichen Zeitraum auffällig, dass die Prüfung der „versicherten Person“ teilweise mit derer

¹⁰ BSG vom 05.02.2008 - B 2 U 25/06 R, BSG vom 18.03.2008 - B 2 U 13/07 R, BSG vom 18.03.2008 - B 2 U 2/07 R, BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 31/07, BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 27/07 R, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 15/07 R, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 17/07 R, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 26/06 R, BSG vom 17.02.2009 - B 2 U 26/07 R, BSG vom 17.02.2009 - B 2 U 18/07 R, BSG vom 02.04.2009 - B 2 U 29/07 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 12/08 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 8/08 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 11/08 R, BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 19/08 R, BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 22/08R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 4/08 R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 27/08 R, BSG vom 27.10.2009 - B 2 U 23/08 R, BSG vom 27.10.2009 - B 2 U 29/08 R.

¹¹ BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 31/01 R, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 17/07 R, BSG vom 17.02.2009 - B 2 U 26/07 R, BSG vom 02.04.2009 - B 2 U 29/07 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 12/08 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 11/08 R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 4/08 R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 27/08 R, BSG vom 27.10.2009 - B 2 U 29/09 R.

¹² BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 15/07 R, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 17/07 R, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 26/06 R, BSG vom 17.02.2009 - B 2 U 26/07 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 12/08 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 8/08 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 11/08 R.

¹³ BSG vom 05.02.2008 - B 2 U 25/06 R, BSG vom 12.05.2009 - B 2 U 8/08 R.

¹⁴ BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 27/07 R.

¹⁵ BSG vom 18.03.2008 - B 2 U 2/07 R.

¹⁶ BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 26/06 R, BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 19/08 R, BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 22/08 R, BSG vom 27.10.2009 - B 2 U 23/08 R.

¹⁷ siehe Fn. 1.

¹⁸ siehe Fn. 1.

der „grundsätzlich versicherten Tätigkeit“ in Einheit geprüft wird.¹⁹ Des Weiteren findet zudem eine Vermischung der Prüfungspunkte „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“ und „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ statt.²⁰ Auf den Prüfungspunkt des „inneren-sachlichen Zusammenhangs“ geht das BSG immer explizit ein, oftmals liegt gerade hier ein Schwerpunkt der Prüfungen.²¹ Teilweise unterscheidet das BSG innerhalb dieser Prüfung noch einmal zwischen „innerem Zusammenhang“ und „sachlichem Zusammenhang“.²² Festzuhalten ist jedoch, dass grundsätzlich unterschieden wird zwischen den Begrifflichkeiten „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich-innerer Zusammenhang“, mit Ausnahme eines einzigen Falles.²³ Dies dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass es sich im hier vorliegenden Fall um die besonderen Versicherungstatbestände des § 2 Abs. 1 Nr. 13 a, 13 c SGB VII handelt. Diese sind zeitlich relativ eng begrenzt und nach Ansicht des BSG ist hierbei eine Unterscheidung zwischen der grundsätzlich versicherten Tätigkeit und der Verrichtung zur Zeit des Unfalls oftmals praktisch nicht möglich.

Im Übrigen wird grundsätzlich vom Prüfschema abgewichen. In sieben Fällen wird der Prüfungspunkt „Unfall“ voran gezogen.²⁴ Dies wäre insofern erforderlich gewesen, als dass das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit und damit der Arbeitsunfall bejaht worden wäre. Da das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit und damit der Arbeitsunfall in drei Fällen²⁵ jedoch verneint wurde, wäre die Prüfung des „Unfalls“ entbehrlich gewesen. In einem weiteren Fall wäre die Prüfung des „Unfalls“ auch deshalb entbehrlich gewesen, da hier das BSG den Fall an das LSG zurückverwiesen hat, da es in Bezug auf Tatsachenfeststellungen keine Feststellungsbefugnis besitzt und das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit nicht abschließend festgestellt war.²⁶

In dem Urteil vom 12.05.2009 (B 2 U 12/08 R) erfolgt zunächst die Prüfung eines „normalen“ Arbeitsunfalls. Hier wird die Reihenfolge der Prüfungspunkte „Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfallereignisses“ und „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“ vertauscht. Anschließend erfolgt die Prüfung von § 8 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 5 Alt. 3 SGB VII. Hier wird dann die Reihenfolge der Prüfungsschritte eingehalten. Die Prüfung im Urteil vom 30.06.2009 (B 2 U 22/08 R) orientiert sich als einzige an der Grundstruktur des § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII, indem hier die „Prüfungsreihenfolge“ des Gesetzeswortlautes angewandt wurde. Es lässt sich folglich auch hieran nicht erkennen, dass sich das BSG im Rahmen seiner Prüfung an die gesetzliche Reihenfolge anlehnt.

Letztlich bleibt zu erwähnen, dass in dem Urteil vom 18.11.2008 (B 2 U 27/07 R) die versicherte Tätigkeit mit dem Prüfungspunkt „versicherte Person“ gänzlich vermischt

¹⁹ BSG vom 27.10.2009 - B 2 U 23/08 R, BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 27/07 R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 27/08 R.

²⁰ BSG vom 17.02.2009 - B 2 U 18/07 R.

²¹ Vgl. exemplarisch BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 31/07 R Rn. 11, BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 26/07 R Rn. 23, 26, 33, 36.

²² BSG vom 02.12.2008 - B 2 U 15/07 R Rn. 14, 15.

²³ BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 27/07 R.

²⁴ BSG vom 18.03.2008 - B 2 U 13/07 R, BSG vom 18.03.2008 - B 2 U 2/07 R, BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 31/07 R, BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 27/07 R, BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 19/08, BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 22/08 R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 27/08 R.

²⁵ BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 31/07 R, BSG vom 18.11.2008 - B 2 U 27/07 R, BSG vom 22.09.2009 - B 2 U 27/08 R.

²⁶ BSG vom 30.06.2009 - B 2 U 22/08 R.

wird (Rn. 13). Ob es sich hierbei um einen reinen Schreibfehler seitens Juris handelt oder sich der zweite Senat hier derart missverständlich ausgedrückt hat bleibt zunächst offen. Des Weiteren geht das BSG hier auf die Thematik ein, dass es einem Zwischenschritt in Form des sachlichen Zusammenhanges nicht bedarf sofern es sich um einen Fall der sogenannten besonderen Betriebsgefahr handelt (Rn. 25).

3.4 Tabelle 2008/2009

Datum	Aktenzeichen	Inhalt	VersTB	Reihenfolge Prüf-schema	Abweichung	Unterscheidung grds. vers. Tätigk. / Verrichtung / sachlicher Zusammenhang	Abweichung	Sonstiges
05.02.2008	B 2 U 25/06 R	ABM-Teilnehmer – Berufsinformationsveranstaltung – Berufsberatung	§ 2 Abs. 1 Nr. 14 SGB VII	nein	(versicherte Tätigkeit), Unfall, Unfallfolge/Gesundheitsschaden, versicherte Person	eher ja	zunächst Unterscheidung, in der eigentlichen Prüfung jedoch keine deutliche Unterscheidung mehr	Wegeunfall
18.03.2008	B 2 U 13/07 R	objektiv höhere Gefährdung - geselliges Beisammensein - Weg zum Hotelzimmer - Sturz auf steiler Wendeltreppe	/	nein	Unfall, innerer sachlicher Zusammenhang, versicherte Tätigkeit, Verrichtung, innerer Zusammenhang	ja		Dienstreise
18.03.2008	B 2 U 2/07 R	freiwillige Unternehmensversicherung - ehrenamtliche Tätigkeit – Betriebsdienstlichkeit - berufsbezogene Besprechung - dritter Ort	§ 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall, innerer sachlicher Zusammenhang, Verrichtung, versicherte Tätigkeit, Unfallereignis	ja		Dienstreise
18.11.2008	B 2 U 31/07 R	Körperreinigung - Erfrischung - Klassenfahrt - Dienstreise - Lehrerin im Angestelltenverhältnis – Duschen	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII	nein	Unfall, Unfallfolge/Gesundheitsschaden, Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfalls, innerer sachlicher Zusammenhang (letzteres ausführlich geprüft, dabei Feststellung versicherte Person)	ja		

3 Einzelberichte

18.11.2008	B 2 U 27/07 R	Nothelfer - Unglücksfall - Angriff - Notwehr - Betriebsge- fahr - Rache- akt	§ 2 Abs. 1 Nr. 13 lit. a und lit. c Alt. 2 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 1 SGB VII	nein	Unfall, Gesund- heitsschaden, versicherte Per- son, versicherte Tätigkeit, zu- nächst Feststel- lung der Voraus- setzungen für den Regelfall nach § 8 Abs. 1 SGB VII - nicht vollständig erfüllt - zudem Ableh- nung einer be- sonderen Be- triebsgefahr, Un- fall,	eher nein	Hinweis auf die Versiche- rungstatbe- stände des § 2 Abs. 1 Nr. 13 a, 13 c, wel- che zeitlich re- lativ eng be- grenzt sind und bei denen zwischen der grundsätzlich versicherten Tätigkeit und der Verrich- tung zur Zeit des Unfalls oftmals prak- tisch nicht un- terschieden werden kann.	Nothelfer / ex- plizite Erwäh- nung der Ver- letzten-rente bzgl. Haftungs- aus-füllende Kausalität (Rn.10) / Unter- scheidung sachlicher Zu- sammen-hang, Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfalls und grundsätzlich versicherter Tä- tigkeit entbeh- lich bei Be- triebsgefahr (Rn.25), Ver- wechslung von Versicherten Personen und Tätigkeiten
02.12.2008	B 2 U 15/07 R	geringfügige Unterbre- chung - Ein- kauf von Le- bensmitteln vor Arbeits- antritt - Hof- gelände ein- er Metzger- erei	§2 Abs.2 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII	nein	versicherte Per- son, Unfall, Ver- richtung zum Zeitpunkt des Unfalls, innerer sachlicher Zu- sammenhang, grundsätzlich versicherte Tätig- keit	ja	Rn. 14	Wegeunfall Prüfungs- schwerpunkt sachlicher und innerer Zusam- menhang (ge- trennt geprüft!) wegen Unter- brechung des Weges
02.12.2008	B 2 U 17/07 R	Verlassen des öff. Ver- kehrsraums - geringfügige Unterbre- chung – Ein- kauf von Le- bensmitteln zum Verzehr in der Ar- beitspause – Unfall auf dem Park- platz eines Supermark- tes	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	versicherte Per- son, Unfall, Ver- richtung zum Zeitpunkt des Unfalls, innerer sachlicher Zu- sammenhang	ja		Wegeunfall
02.12.2008	B 2 U 26/06 R	Zwei-Stun- den-Grenze – Beweis- notstand - keine Be- weiserleich- terung – Fahrprüfung	§ 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO i.V.m. § 550 RVO	nein	versicherte Tätig- keit, Unfall, versi- cherte Person, versicherte Tätig- keit, innerer sachlicher Zu- sammenhang	ja	Rn. 22	Wegeunfall, Übergangs- recht
17.02.2009	B 2 U 26/07 R	Richtungs- wechsel - öf- fentlicher Verkehrs- raum - Ver- kehrsunfall - Vorberei- tungshand- lung - ge- mischte Tä- tigkeit	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	versicherte Per- son, Unfall, Ver- richtung zum Zeitpunkt des Unfalls, innerer sachlicher Zu- sammenhang	ja	teilweise Wechsel zwi- schen ver- schiedenen Verrichtungen und den damit zusammen- hängenden Zusammen- hängen, im Grunde aber stringent	Wegeunfall

3 Einzelberichte

17.02.2009	B 2 U 18/07 R	Krampfanfall - innere Ursache - Vorerkrankung - Theorie der wesentlichen Bedingung - Ursachenzusammenhang	§ 2 Abs. 1 Nr. 12 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 1 SGB VII	nein	versicherte Person, Unfall, Verrichtung zum Unfallzeitpunkt, versicherte Tätigkeit, innerer sachlicher Zusammenhang, Gesundheitsschaden, Unfallkausalität (nur letzteres ausführlich geprüft)	ja		
02.04.2009	B 2 U 29/07 R	Hepatitis-C - keine entsprechende Anwendung: Beweiserleichterung - Berufskrankheit gem BKV Anl Nr 3101	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Prüfung der Unfallkausalität, ob das Unfallereignis geeignet war, den Gesundheitsschaden zu verursachen (Rn. 18 ff)		keine Prüfung versicherte Tätigkeit	
12.05.2009	B 2 U 12/08 R	hypothetische allein betriebliche Verrichtung – Instandsetzung eines Arbeitsgeräts – Vorbereitungs-handlung – Reparatur des eigenen Pkw - Unfall an der betrieblichen Hebebühne	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII, § 8 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 5 Alt. 3 SGB VII	nein	vers. Person, Unfall, Verrichtung, sachlicher Zusammenhang	ja	Rn. 16, 17	Arbeitsunfall oder Wegeunfall, auffällig ist, dass bei der Prüfung von § 8 Abs. 2 SGB VII die Reihenfolge eingehalten wird.
12.05.2009	B 2 U 8/08 R	Meldeaufforderung des Arbeitsamts - Nachreichen der Kindergeldbescheinigung - potentieller Arbeitgeber	§ 2 Abs. 1 Nr. 14 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII	nein	Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfalls, Gesundheitsschaden, Unfall, innerer sachlicher Zusammenhang, versicherte Person,	ja		Wegeunfall
12.05.2009	B 2 U 11/08 R	dritter Ort - zwei Teilbereiche eines einigen häuslichen Wirkungskreises	§ 2 abs.1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	versicherte Person, Gesundheitsschaden, Unfall, innerer sachlicher Zusammenhang, grundsätzlich versicherte Tätigkeit	ja		Wegeunfall, Reihenfolge bei Feststellungen vor Prüfung nicht eingehalten
30.06.2009	B 2 U 19/08 R	Schülerunfall - organisatorischer Verantwortungsbereich - Spezialschule: Kinder- und Jugend-sport-schule - Leistungssport - Schulsport - Training – Turnerin	§ 539 Abs. 1 Nr. 14 b RVO	nein	Unfall, Unfallfolge/Gesundheitsschaden, Unfallkausalität, innerer sachlicher Zusammenhang	ja		Schülerunfall, Übergangsrecht; bei eingehender Begründung nach Feststellung des Unfalls als Arbeitsunfall erfolgt die Prüfung nach vers. Person, vers. Tätigkeit, innerer sachl. Zusammenhang und Verrichtung

3 Einzelberichte

30.06.2009	B 2 U 22/08 R	Direktions- und Weisungsrecht des Unternehmens - Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Unternehmens - Selbstverwirklichung - Freistellung für Sporttraining unter Lohnfortzahlung -	§ 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO	nein	Unfall, versicherte Person,, Verrichtung, versicherte Tätigkeit, innerer sachlicher Zusammenhang	ja	keine genaue Prüfung, da Zurückweisung an das LSG zur genaueren Aufklärung des Sachverhalts. Jedenfalls grundsätzliche Ausführungen zu den einzelnen Punkten.	Aufhebung des LSG-Urteils und Zurückweisung mit der Verpflichtung zur Aufklärung, ob eine versicherte Tätigkeit bestanden hat, welche zum Zeitpunkt des Unfalls verrichtet wurde und ob insofern ein innerer sachlicher Zusammenhang besteht.
22.09.2009	B 2 U 4/08 R	betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung - objektive Teilnahmemöglichkeit der gesamten Belegschaft – Ballonfahrt	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	versicherte Person, (Unfall), Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfalls, innerer sachlicher Zusammenhang, versicherte Tätigkeit	ja		
22.09.2009	B 2 U 27/08 R	betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung - inhaltliche Ausrichtung - Akzeptanz der gesamten Belegschaft - Fußballturnier – Fasching	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall, versicherte Tätigkeit, versicherte Person	ja	Prüfung, ob ein innerer Zusammenhang mit der den Versicherungsschutz begründenden Tätigkeit vorliegt (Rn. 10, 11), Problem einer betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung	betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung
27.10.2009	B 2 U 23/08 R	Zwei-Stunden-Grenze - Lösung von der versicherten Tätigkeit	§ 548 Abs. 1 Satz 1 RVO i.V.m. § 550 Abs. 1 RVO	nein	versicherte Person, versicherte Tätigkeit, Unfall, Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfalls, sachlicher Zusammenhang (nur letzteres ausführlich geprüft)	ja		Wegeunfall / Prüfung nach § 550 Abs. 1 RVO!
27.10.2009	B 2 U 29/08 R	Betriebssport – Teilnahmemöglichkeit betriebsfremder Personen – Fußball	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 1 SGB VII	Nein	Verrichtung zum Zeitpunkt des Unfalls, Unfall, Gesundheitsschaden, versicherte Person, sachlicher Zusammenhang, grundsätzlich versicherte Tätigkeit	ja		Betriebssport / haftungsausfühlende Kausalität nicht erwähnt (Rn.9)

3.5 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2010/2011

(Brummer/Hintermayer/Krauß)

Im genannten Zeitraum hatte das BSG neun Mal²⁷ über einen Arbeitsunfall zu entscheiden. Überwiegender (5 von 9) Versicherungstatbestand war § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII²⁸, in den anderen Urteilen waren § 2 Abs. 1 Nr. 8b SGB VII²⁹, § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII³⁰, § 2 Abs. 1 Nr. 17 SGB VII³¹, § 2 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 SGB VII i.V.m. § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII³² die Versicherungstatbestände. Unter den Urteilen befinden sich drei sog. „Wegeunfälle“³³ nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII.

Die Prüfreihefolge nach dem „Prüfschema“ hielt das BSG dabei viermal³⁴ ein. In zwei der vier Urteile wurde der Arbeitsunfall nach Ablehnung eines der Prüfpunkte (vers. Tätigkeit³⁵/ Unfallereignis³⁶) nicht mehr weitergeprüft. Eine vollständige Prüfung des Arbeitsunfalles findet in den anderen beiden Urteilen statt, wobei eine Angelegenheit wegen fehlender weiterer tatsächlicher Feststellungen der haftungsbegründenden Kausalität an das Landessozialgericht zurückverwiesen wurde³⁷ und die letzte Sache³⁸ als Arbeitsunfall anerkannt wurde. Bei letzterer Entscheidung wurden die einzelnen Prüfpunkte sehr ausführlich thematisiert.

In den übrigen fünf Urteilen wurde die Prüfreihefolge des Prüfschemas nicht eingehalten. Da das Unfallereignis gemäß § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII und der Gesundheitsschaden jeweils unproblematisch vorlagen, wurden diese Prüfpunkte vor die Prüfung der vers. Tätigkeit gezogen. Einen sachlichen Grund für die Erwähnung des Unfalls gab es in drei Entscheidungen³⁹, da dort das Vorliegen eines Arbeitsunfalles bejaht wurde. In den verbleibenden zwei Entscheidungen⁴⁰ wäre eine Prüfung des Unfallereignisses und des Gesundheitsschadens entbehrlich gewesen, da der Prüfpunkt der versicherten Tätigkeit zu verneinen ist. Weshalb das Bundessozialgericht (BSG) den Unfall in den zuletzt genannten Entscheidungen überhaupt thematisierte, ist nicht ersichtlich.

²⁷ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 35/08 R und B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R und B 2 U 11/09 R; BSG v. 09.11.2010 - B 2 U 6/10 R und B 2 U 14/10 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R und B 2 U 10/11 R.

²⁸ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 35/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R; BSG v. 09.11.2010 - B 2 U 14/10 R; BSG v. 29.11.2011 - B 2 U 23/10 R und B 2 U 10/11 R.

²⁹ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R.

³⁰ BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R.

³¹ BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 6/10 R.

³² BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R.

³³ BSG v. 12.01.2010 - B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 - B 2 U 23/09 R; BSG v. 18.11.2011 – B 2 U 9/10 R.

³⁴ BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R; BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R und B 2 U 10/ 11 R.

³⁵ BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R.

³⁶ BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 10/11 R.

³⁷ BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 23/10 R.

³⁸ BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R.

³⁹ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R; BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 6/10 R.

⁴⁰ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 35/08 R; BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 14/10 R.

Zum Begriff des Unfalls ist zudem anzumerken, dass das BSG diesen, bis auf eine Ausnahme⁴¹, praktisch durchweg gleichsetzt mit dem Begriff des Unfallereignisses.

Zur Unterteilung der Prüfung hinsichtlich der versicherten Tätigkeit in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „innerer sachlicher Zusammenhang“ ist Folgendes zu sagen: Das BSG nimmt diese Unterteilung bei sämtlichen Wege-⁴² und Betriebswegeunfällen vor⁴³. Dem ist inhaltlich zuzustimmen, da sich die Versicherung von Wegen vom und zum Beschäftigungsort, sowie Wege für den Betrieb in der gesetzlichen Unfallversicherung nicht ohne weiteres ergibt und einer gesonderten Begründung bedarf.

Abgesehen von den Wegeunfällen wurde nur in einem Urteil⁴⁴ eine ausführliche Unterscheidung vorgenommen. Hierfür sind mehrere Gründe möglich, ein Grund könnte sein, dass wenn der innere, sachliche Zusammenhang problematisch ist, dieser auch angesprochen wird und wenn nicht, dann nur festgestellt. Ein weiterer Grund wäre, dass ab dem 29.11.2011 eine Art Trendwende beim BSG eintritt und der innere, sachliche Zusammenhang nicht mehr geprüft wird, sobald sich der Versicherungsstatbestand nur auf § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII beschränkt.

In den Urteilen vom 29.11.2011 wurde eine explizite Unterteilung nicht vorgenommen, es wurde nur dargelegt, dass die ausgeübte Verrichtung eine versicherte Tätigkeit ist und diese zum Unfall führte. Der innere sachliche Zusammenhang wird nicht thematisiert, da die versicherte Tätigkeit der Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses entspricht.

3.6 Tabelle 2010/2011

Datum	Aktenzeichen	Inhalt	VersTB	Reihenfolge Prüf-schema	Abweichung	Unterscheidung grds. Vers. Tätigkeit / Verrichtung / sachlicher Zusammenhang	Abweichung	Sonstiges
12.01.2010	B 2 U 35/08 R	Betriebsweg Abholen des Kindes	§ 8 Abs. 1 SGB VII iVm § 2 Abs. 1 Nr.1 SGB VII	Nein	Unfall & Gesundheitss. vor grds. vers. Tätigkeit und Verrichtung, innerer sachl. ZH als letzter Prüfpunkt	Ja	-	

⁴¹ BSG v. 29.11.2011 – B 2 U 10/11 R.

⁴² BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 36/08 R; BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 23/09 R; BSG v. 18.01.2011 – B 2 U 9/10 R.

⁴³ BSG v. 12.01.2010 – B 2 U 35/08 R; BSG v. 09.11.2010 – B 2 U 14/10 R und B 2 U 6/10 R.

⁴⁴ BSG v. 27.04.2010 – B 2 U 11/09 R.

3 Einzelberichte

12.01.2010	B 2 U 36/08 R	Wegeunfall, Umweg wegen Fahrtgemein- schaft	§ 2 Abs. 1 Nr. 8b SGB VII iVm § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII iVm § 8 Abs. 2 Nr. 2b SGB VII	Nein	Unfall & Gesund- heitsschaden vor Grds. Vers. Tätig- keit und Verrich- tung zur Zeit des Unfalls, innerer sachl. ZH als letzter Prüfpunkt	Ja	-	WEGEUN- FALL
27.04.2010	B 2 U 23/09 R	Wegeunfall Mo- torradunfall in der Mittags- pause	§ 2 Abs. 1 Nr. 1, §8 Abs.2 Nr.1	Nein	Unfall & Gesund- heitsschaden (nicht explizit so be- nannt), Rn. 12, vor Verrichtung zur Zeit des (Unfall-)Ereig- nis und Grds. Vers. Tätigkeit, Rn. 13, innerer sachl. ZH als letzter Prüf- punkt, Rn. 14	ja	-	Wegeun- fall
27.04.2010	B 2 U 11/09 R	Arbeitsunfall Patientenunfall/ Behandlungs- fehler	§ 2 Abs. 1 Nr. 15 a SGB VII iVm § 8 Abs. 1 SGB VII	ja (kom- plett ausfor- muliert)	-	ja, grds. Vers. Tätig- keit in Rn. 17, Verrich- tung in Rn. 18/19 und sachlicher Zusam- menhang in Rn. 19/20	-	
09.11.2010	B 2 U 6/10 R	Arbeitsunfall Pflegerperson beim Begleiten der Zu Pflegen- den im Trep- penhaus nach Arztbesuch	§ 2 Abs. 1 Nr. 17 SGB VII iVm § 8 Abs. 1 SGB VII	Nein	Unfallprüfung & Ge- sundheitsschaden zuerst Rn. 12	ja, kurze Trennung der drei Tatbe- stands- merkmale Rn. 12, grds. Vers. Tätigkeit er- läutert in Rn. 13	-	Eine Art Wegeun- fall, da der Unfall sich auf dem Weg vom Arztbe- such zu- rück zur Wohnung der Zu Pflegen- den ereig- nete
09.11.2010	B 2 U 14/10 R	Betriebsweg Verkehrsüber- wachung	§ 8 Abs 1 S 1 SGB VII i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	Nein	Unfall & Gesund- heitss. vor grds. Vers. Tätigkeit und Verrichtung, innerer sachl. ZH als letzter Prüfpunkt	Ja	-	
18.01.2011	B 2 U 9/10 R	Wegeunfall, Unterschied Behinderten- werkstatt & För- der- u. Betreu- ungsbereich	§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 SGB VII iVm § 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	ja, Ende der Prüfung bei Ab- leh- nung der vers. Tätig- keit	-	ja	-	Wegeun- fall
29.11.2011	B 2 U 23/10 R	Arbeitsunfall (S- Bahn), Bei- naheunfall mit PtbS wegen KFZ	§ 8 Abs. 1 S.2 SGB VII i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	Ja	-	nein	nur Darle- gung, dass die ausge- übte Verrich- tung eine vers. Tätig- keit ist und diese zum Unfall führte Rn. 12	

29.11.2011	B 2 U 10/11 R	Arbeitsunfall (S-Bahn), Beinaheunfall mit Notbremsung wegen Fußgänger	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	Ja	Verrichtung z. Z. des (Unfall-)Ereignisses fehlt, Rn. 12, Ende der Prüfung bei (Unfall-)Ereignis, da es an diesem Punkt scheitert, Rn.13 ff	nein	nur Darlegung, dass die ausgeübte Verrichtung eine vers. Tätigkeit ist und diese zum Unfall führte Rn. 12
------------	------------------	---	--------------------------	----	---	------	---

3.7 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2012/2013

(Eckardt/Grille/Schneider)

Im bearbeiteten Zeitraum (bis einschließlich 14.11.2013) hatte das BSG 15 Mal⁴⁵ über einen Arbeitsunfall zu entscheiden. Maßgeblicher Versicherungstatbestand war in 11 von 15 Fällen § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (Beschäftigter). Bei zwei weiteren Urteilen handelte es sich um die Versicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 a SGB VII⁴⁶ (Hilfeleistende) und bei einem anderen um die nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 b SGB VII⁴⁷ (Organ-/Blutspender). Im letzten Urteil⁴⁸ wurde neben § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII auch § 2 Abs. 1 Nr. 5 a und b SGB VII sowie der Tatbestand der „Wie-Beschäftigung“ (§ 2 Abs. 2 S. 1 SGB VII) geprüft.

Die 15 Urteile beinhalten sechs Wegeunfälle⁴⁹ nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII, sämtlich in Verbindung mit dem Grundtatbestand der Beschäftigung aus § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII.

Das BSG hielt die Prüfreihefolge nach dem „Prüfschema“ hierbei achtmal⁵⁰ ein. Bei diesen Entscheidungen lag der Schwerpunkt auf der Prüfung der versicherten Tätigkeit. Hierbei wurde diese dreimal anerkannt und viermal abgelehnt. In den letzteren Fällen wurde die Prüfung danach abgebrochen, sodass weitere Prüfungspunkte nicht thematisiert wurden, da sie nicht mehr relevant waren. Das Hauptaugenmerk im noch verbleibenden Urteil (B 2 U 19/11 R) lag auf der Unfallkausalität, die verneint wurde.

Es war auffällig, dass bei allen Urteilen, die den Tatbestand aus Nr. 13 betreffen, die Reihenfolge eingehalten wurde. Bei der Prüfung von § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (zum Teil in Verbindung mit § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII) geschah dies dagegen nur zum Teil. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass der Schwerpunkt der Prüfung von Nr. 13 ein-

⁴⁵ BSG v. 31.01.12 – B 2 U 2/11 R, BSG v. 27.03.12 - B 2 U 5/11 R, B 2 U 7/11 R, BSG v. 15.05.12 - B 2 U 16/11 R, B 2 U 8/11 R, BSG v. 24.07.12 - B 2 U 9/11 R, BSG v. 18.09.12 - B 2 U 20/11 R, BSG v. 13.11.12 - B 2 U 27/11 R, B 2 U 19/11 R, BSG v. 18.06.13 - B 2 U 10/12 R, B 2 U 7/12 R, BSG v. 04.07.13 - B 2 U 3/13 R, B 2 U 12/12 R, BSG v. 14.11.13 - B 2 U 27/12 R, B 2 U 15/12 R.

⁴⁶ BSG v. 27.03.12 - B 2 U 7/11 R, BSG v. 18.09.12 - B 2 U 20/11 R.

⁴⁷ BSG v. 15.05.12 - B 2 U 16/11 R.

⁴⁸ BSG v. 27.03.12 - B 2 U 5/11 R.

⁴⁹ BSG v. 13.11.12 - B 2 U 19/11 R, BSG v. 18.06.13 - B 2 U 10/12 R, B 2 U 7/12 R, BSG v. 04.07.13 - B 2 U 3/13 R, B 2 U 12/12 R, BSG v. 14.11.13 - B 2 U 27/12 R.

⁵⁰ BSG v. 31.01.12 - B 2 U 2/11 R, BSG v. 27.03.12 - B 2 U 7/11 R, BSG v. 15.05.12 - B 2 U 16/11 R, B 2 U 8/11 R, BSG v. 18.09.12 - B 2 U 20/11 R, BSG v. 13.11.12 - B 2 U 27/11 R, B 2 U 19/11 R, BSG v. 18.06.13 - B 2 U 7/12 R.

mal bei der versicherten Person lag und sich die weiteren Prüfpunkte als unproblematisch erwiesen. In den zwei anderen Urteilen war die Verrichtung als versicherte Tätigkeit fraglich und in einem davon zusätzlich der Gesundheitsschaden. Die Norm enthält Begriffe (z.B. Unglücksfall, gegenwärtige Gefahr), welche näherer Erläuterungen und einer Prüfung bedürfen. Es muss genau festgestellt werden, ob die jeweilige Handlung eine versicherte Hilfeleistung darstellt und diese auch wirklich zu Unfall und Gesundheitsschaden führte.

Die Kernprobleme der Urteile, in denen das Prüfschema nicht befolgt wurde, waren die versicherte Tätigkeit⁵¹ (dreimal), gefolgt von der versicherten Person⁵² und der Unfallkausalität⁵³ (je zweimal). Hierbei begann die Prüfung zumeist mit dem Unfall, wobei das Vorliegen dessen lediglich „geprüft“ wurde, in dem die Bezeichnung des Ereignisses als Unfall erfolgte. Vor allem bei Urteilen, die einen Versicherungsfall anerkennen, müssen alle Prüfpunkte abgehandelt werden. Dies ist auch mit einer kurzen Nennung erfüllt. Auffällig ist, dass das BSG den Unfallbegriff des § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII fast durchweg synonym zum „Unfallereignis“ verwendet. Einzig bei einem Urteil wurde der Unfallbegriff umfassend – wie in § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII definiert - verwendet.⁵⁴

Was die Unterteilung der Prüfung im Bereich der versicherten Tätigkeit in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich innerer Zusammenhang“ anbelangt, so zeigt sich im fraglichen Zeitraum folgendes Ergebnis: Das BSG nimmt die Unterteilung jedenfalls bei den meisten Wegeunfällen vor.⁵⁵ Da die Wege zwischen Wohnort und Tätigkeitsstätte in der gesetzlichen Unfallversicherung nicht direkt der versicherten Tätigkeit zuzurechnen sind, bedarf es einer genauen Begründung, die der Individualität des Einzelfalls gerecht wird. Es ist nicht selbstverständlich, dass jene Wege überhaupt unter Versicherungsschutz fallen, da Personen in dem Moment noch keine dem Unternehmen dienende Tätigkeit verrichten und der Unternehmer keinen Einfluss auf die von den Beschäftigten gewählten Wege nehmen kann. Da sich der Versicherungsschutz auf Wegen aus der Ablösung der Unternehmerhaftpflicht allein nicht begründen lässt, muss ein Zusammenhang zwischen versicherter Tätigkeit und Weg bestehen.⁵⁶ Dieser ergibt sich auch aus dem Wortlaut des § 8 Abs. 2 SGB VII („... des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden Weges...“) und muss bei der Prüfung möglichst genau herausgearbeitet werden. Jedoch erfolgte bei einem Wegeunfall keine Unterscheidung, da das Gericht die versicherte Tätigkeit nicht erwähnte, aber dafür die Verrichtung und Handlungstendenz prüfte.⁵⁷ Nach dieser entscheidet sich dann der innere sachliche Zusammenhang, der aber nicht erwähnt wurde.

⁵¹ BSG v. 04.07.13 - B 2 U 3/13 R, B 2 U 12/12 R, BSG v. 14.11.13 - B 2 U 27/12 R.

⁵² BSG v. 27.03.12 - B 2 U 5/11 R, BSG v. 14.11.13 - B 2 U 15/12 R.

⁵³ BSG v. 24.07.12 - B 2 U 9/11 R, BSG v. 18.06.13 - B 2 U 10/12 R.

⁵⁴ Vgl. BSG v. 27.03.12 - B 2 U 5/11 R, Rn. 27.

⁵⁵ BSG v. 13.11.12 - B 2 U 19/11 R, BSG v. 18.06.13 - B 2 U 10/12 R, B 2 U 7/12 R, BSG v. 14.11.13 - B 2 U 27/12 R.

⁵⁶ Vgl. *Ziegler* in Becker/ Franke/ Molkentin, Sozialgesetzbuch VII, 4. Auflage, 2014, § 8 Rn. 206.

⁵⁷ Vgl. BSG v. 04.07.13 - B 2 U 12/11 R, Rn. 16 f.

Zudem gibt es eine weitere Entscheidung, bei der nicht eindeutig von einem sachlichen Zusammenhang gesprochen wird, sondern vielmehr von einem „untrennbaren Zusammenhang“ die Rede ist.⁵⁸ Es bleibt unklar, ob die Formulierung „untrennbarer Zusammenhang“ mit der Prüfung des sachlichen Zusammenhangs gleichzusetzen ist.

Bei sämtlichen Urteilen, die keine Wegeunfälle betreffen, wurde die Unterteilung nur einmal vorgenommen. Hierbei gab es allerdings nur eine Erwähnung des sachlichen Zusammenhangs, eine Prüfung konnte nicht erfolgen, da schon die Verrichtung nicht nachweisbar war.⁵⁹ In zwei Fällen fand die Unterteilung allenfalls fragmentarisch statt. Im ersten erläuterte das Gericht die versicherten Tätigkeiten und sprach einmal von einem „inneren Zusammenhang“, ein anderes Mal von „wesentlich dem Unternehmen dienen“.⁶⁰ Im zweiten Fall kam es zur expliziten Prüfung von versicherter Tätigkeit und Verrichtung zum Unfallzeitpunkt. Allerdings erfolgte keine Nennung des sachlichen Zusammenhangs.⁶¹

Bei sechs weiteren Entscheidungen, bei denen es sich nicht um einen Wegeunfall handelt, wurde keine Unterteilung vorgenommen. Hier wurde nur das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit geprüft. Auffällig ist, dass in einem Urteil im Hinblick auf den „inneren sachlichen Zusammenhang“ von einem früheren Sprachgebrauch die Rede ist.⁶² Den Begriff des „inneren Zusammenhangs zwischen Verrichtung und versicherter Tätigkeit“ hält das BSG offenbar inzwischen für verzichtbar und prüft stattdessen die „(...) Erfüllung des Tatbestandes des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (...)“.⁶³

Bei der Prüfung von Wegeunfällen wurde jedoch auch nach der genannten Entscheidung an einer Unterscheidung zwischen grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem Zusammenhang festgehalten (Gründe hierfür wurden vorstehend im Text genannt).

Bei den anderen vier Urteilen, die bis einschließlich 14.11.2013 ergingen und bei denen es sich nicht um Wegeunfälle handelt, wurde die Prüfung dagegen nicht mehr in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich innerer Zusammenhang“ unterteilt. Vor der auffälligen Entscheidung des BSG gab es allerdings auch schon keine deutliche Unterteilung, die konsequent verfolgt wurde. Eventuell könnte der Hinweis auf den „früheren Sprachgebrauch“ somit als Klarstellung / Erklärung für die Prüfung in den schon ergangenen, aber auch als Ausblick auf die nachfolgenden Urteile angesehen werden.

⁵⁸ Vgl. BSG v. 04.07.13 - B 2 U 3/13 R, Rn. 16.

⁵⁹ Vgl. BSG v. 31.01.12 - B 2 U 2/12 R, Rn. 18.

⁶⁰ Vgl. BSG v. 27.03.12 - B 2 U 5/11 R, Rn. 43 und 49.

⁶¹ Vgl. BSG v. 13.11.12 - B 2 U 27/11 R, Rn. 23.

⁶² Vgl. BSG v. 15.05.12 - B 2 U 8/11 R, Rn. 47.

⁶³ Vgl. BSG v. 15.05.12 - B 2 U 8/11 R, Rn. 47.

3.8 Tabelle 2012/2013

Datum	Aktenzeichen	Inhalt	VersTB	Reihenfolge Prüf-schema	Abweichung	Unterscheidung grds. vers. Tätigk. / Verrichtung / sachlicher Zusammenhang	Abweichung	Sonstiges
31.01.2012	B 2 U 2/11 R	sachlicher Zusammenhang, ungeklärte Umstände, Kraftfahrer, Ruhe- & Lenkzeiten	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	(noch) ja	Rn. 18: Verrichtung, sachl ZSH + Gesundheitsschaden bei Tätigkeit nicht nachweisbar, dann: v.P., v.T., Verrichtung detaillierter, (Rn. 24: Unfallereignis Def. zeitl. begrenzt nicht erfüllt, Unfall bei Verr. nicht erfüllt)	ja	im Textbaustein unterschieden, in Prüfung sachl.ZSH erwähnt, aber Verrichtung ist nicht nachweisbar -> sachl. ZSH mit Tätigkeit nicht nachweisbar, Rn. 18	im Bericht nur Rn. 18 thematisieren
27.03.2012	B 2 U 5/11 R	Wie-Beschäftigung, verwandtschaftliches Verhältnis, Forstwirtschaft, Feststellungsbezugnis eines Kfz-Haftpflichtversicherers	§ 2 SGB VII (Abs. 1 Nr. 1, Nr. 5 a und b, Abs. 2 Satz 1)	nein	Rn. 27 Unfallereignis, Gesundheitsschaden u. Kausalität zuerst, da unproblematisch, dann: durch Verrichtung TB einer v.T. erfüllt? Verrichtung -> als was vers. möglich (v.P.) -> TB v.T.	teilweise	v.T. jew. erläutert, von innerer ZSH (Rn.43), dem Unt. dienen (Rn.49) gesprochen	Unfallbegriff des § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII korrekt verwendet ("Unfall" und "Unfallereignis" nicht synonym), notwendige Feststellungen für Versicherungsfallentscheidung fehlten
27.03.2012	B 2 U 7/11 R	versicherte Tätigkeit, Hilfeleistung, Gegenstand auf Fahrbahn, Handlungstendenz	§ 2 Abs. 1 Nr. 13a Alt. 2 SGB VII	ja	v.P., v.T., diese verrichtet, Unfallereignis + Gesundheitsschaden verursacht, dann genauere Erläuterung v.T.	nein	nur v.T. geprüft (Erläuterungen, was zur v.T. gehört und was Kläger tat, von "objektivierte Handlungstendenz" gesprochen (ab Rn.11))	Handlungstendenz ungleich innerer Zusammenhang
15.05.2012	B 2 U 16/11 R	Organ-spende, versicherte Tätigkeit, Gesundheitsschaden	§ 2 Abs. 1 Nr. 13b SGB VII	ja	v.P., v.T., Verrichtung, rechtl. wesentl. Unfallereignis und Gesundheitsschaden verursacht	nein	nur Vorliegen einer v.T. geprüft, nicht zwischen Verrichtung und grundsätzlich v.T. unterschieden (Tatbestand der v.T. erläutert, von Erfüllung TB v.T. u."objektivierte Handlungstendenz" (Rn.13) gesprochen)	Handlungstendenz ungleich innerer Zusammenhang

3 Einzelberichte

15.05.2012	B 2 U 8/11 R	Fiktion einer Beschäftigung. Alters- teilzeit	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	ja	Verrichtung, v.T. als Beschäftigte (nicht mit der Ver- richtung erfüllt)	nein	nur v.T. ge- prüft (Erläute- rungen, was zu v.T. zählt, Handlungs- tendenz = inne- re Tatsache Rn.21, eigenwirt- schaftliche Verrichtung Rn.53)	Rn. 47 "In- nerer Zu- sammen- hang" als "früheren Sprachge- brauch" be- zeichnet -> nicht mehr zwischen Verrichtung und grds. v.T. unter- schieden
24.07.2012	B 2 U 9/11 R	Dienstweg, Unfallkausalität, Autounfall bei Testfahrt	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	keine v. P. Prü- fung, versicherte Tätigkeit dann Unfall, danach Verrichtung zum Unfallzeitpunkt und dann Unfall- kausalität	nein	keine klare Bezeichnung der Kriterien, Prüfung, ob Verrichtung den Tatbestand einer versicherten Tätigkeit erfüllt	Mischung der Prüfkri- terien, Wie- deraufgreifen der TBM zwi- schendrin
18.09.2012	B 2 U 20/11 R	Nothelfer, versicherte Person, frei- willige Versi- cherung	§ 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII	ja	v.P., v.T., Ver- richtung, Unfall- ereignis, das Ge- undheitsscha- den verursacht hat	nein	Abstellen auf Verrichtung, die Tatbest- and der ver- sicherten Tä- tigkeit erfüllt, kein innerer Zusammen- hang genannt	Beginn Prü- fung Rn. 21, Hand- lungsten- denz un- gleich inne- rer Zusam- menhang
13.11.2012	B 2 U 27/11 R	versicherte Tätigkeit, Be- rufssportler, Ausgleichstät- igkeit, Sport- klettern	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	ja	versicherte Tätig- keit, dann Ver- richtung zum Un- fallzeitpunkt, Un- fallereignis, Ge- undheitsscha- den und Kausalität	teilweise	erst versi- cherte Tätig- keit und Ver- richtung, danach sachli- cher Zusam- menhang, der nicht er- füllt ist (Hand- lungstendenz auf persönli- cher Basis)	innerer Zu- sammen- hang nicht eindeutig genannt, nur von Handlungs- tendenz die Rede
13.11.2012	B 2 U 19/11 R	Alkohol, Un- fallkausalität, Wegeunfall	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	ja	keine v. P. Prü- fung, danach Rei- henfolge einge- halten bis zur Un- fallkausalität, die nicht vorlag	ja	versicherte Tätigkeit und Verrichtung geprüft (Erfül- lung Tatbest- and einer versicherten Tätigkeit), nur Zusammen- hang nicht explizit er- wähnt (nur aus Inhalt zu entnehmen), Rn.24	
18.06.2013	B 2 U 10/12 R	Wegeunfall, Überfall in Garage, sachlicher Zusammen- hang	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	Prüfung Unfall dann v. T., Ver- richtung & sachli- cher Zusammen- hang, Prüfung Ur- sächlichkeit der Einwirkung, Rn.13 Überfall = Unfall	ja	versicherte Tätigkeit und Verrichtung inkl. Zusam- menhang be- schrieben; Rn. 14	

3 Einzelberichte

18.06.2013	B 2 U 7/12 R	Nahrungsaufnahme, Home-Office, sachlicher Zusammenhang, Wegeunfall, Überfall	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	ja	keine direkte v.P. Prüfung (§2 SGB VII aber in einer Paragraphenkette berücksichtigt), zuerst Prüfung v.T., dann Verrichtung und sachlicher Zusammenhang	ja	v.T. (Betriebsweg) und Verrichtung geprüft, danach sachlicher Zusammenhang (lag aufgrund persönlicher Handlungstendenz nicht vor)	
04.07.2013	B 2 U 3/13 R	Erdbeerkauf, Wegeunfall, Unterbrechung, Handlungstendenz	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	keine v.P. Prüfung, zunächst Unfall (Rn. 11), dann Verrichtung, sachlicher Zusammenhang (letzte im Urteil schwer trennbar) und v.T.	teilweise	zunächst Verrichtung geprüft, sachlicher Zusammenhang nicht explizit erwähnt, sondern Formulierung "steht unter Versicherungsschutz", danach v.T.	Rn. 16: "... untrennbaren Zusammenhang mit diesem Erdbeerkauf", sachlicher Zusammenhang sonst nicht erwähnt
04.07.2013	B 2 U 12/12 R	Wegeunfall, Tanken, Unterbrechung	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	keine v.P. Prüfung, lediglich Unfall (Rn. 15) und Verrichtung, gemischt mit sachlichem Zusammenhang	nein	v.T. nicht erwähnt, Verrichtung und innerer sachlicher Zusammenhang (letzterer ebenfalls nicht erwähnt) vermischt, lediglich Handlungstendenz geprüft	
14.11.2013	B 2 U 27/12 R	Wegeunfall. Rückkehr zum Betrieb, Wiederaufnahme versicherte Tätigkeit	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	keine direkte v.P. Prüfung (§2 SGB VII lediglich in Klammern erwähnt), zuerst Unfall, dann v.T. Prüfung, Verrichtung und sachlicher Zusammenhang	ja	zunächst v.T. Prüfung, dann Verrichtung und sachlicher Zusammenhang	
14.11.2013	B 2 U 15/12 R	Probearbeitsverhältnis, Hundeangriff, Sturz mit Fahrrad	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Zunächst (sehr kurze) Prüfung von Verrichtung, Unfallereignis, Unfallkausalität und haftungsbegr. Kausalität, dann ausführliche v.P. Prüfung gemischt mit v.T.	nein	lediglich Verrichtung geprüft, v.T. mit v.P. vermischt, sachlicher Zusammenhang nicht geprüft	

3.9 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2014/2015

(Dille/Hill/Noack)

Im genannten Zeitraum hatte das BSG zehn Mal⁶⁴ über einen Arbeitsunfall zu entscheiden. Maßgebende Versicherungstatbestände waren § 2 Abs. 1 Nr.1 SGB VII (Beschäftigungsverhältnis), § 2 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII (Landwirtschaftlicher Unternehmer) und § 2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII (Studierende), davon zweimal in Form des sogenannten „Wegeunfalls“⁶⁵ nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII.

Hierbei hielt das BSG die Prüfungsreihenfolge nach dem „Prüfschema“ nur viermal ein.⁶⁶ In diesen Fällen lag der Schwerpunkt auf der Problematik, ob überhaupt eine versicherte Tätigkeit besteht. Zweimal wurde ein Versicherungsverhältnis bejaht, bei den anderen beiden verneint. Bestätigt das BSG das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit oder versicherten Person, dann wurden die restlichen Prüfpunkte nur kurz thematisiert und als unproblematisch angenommen.⁶⁷ In einer Entscheidung wurde das Vorliegen einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit abgelehnt, woraufhin die Prüfung der Tatbestandsmerkmale abgebrochen wurde.⁶⁸ Gleiches gilt für eine nichtabschließende Entscheidung, auf Grund von nachzuholenden Feststellungen durch das LSG.⁶⁹

Im überwiegenden Teil der Urteile, in denen die Prüfreihenfolge nicht eingehalten wurde, wurde zuerst der Unfall nach § 8 Abs.1 S.2 SGB VII geprüft. Dabei war es in der Regel so, dass die Frage des Vorliegens eines „Unfalls“ entweder einfach zu beantworten war⁷⁰ oder aber dahinstehen konnte.⁷¹ Einen sachlichen Grund für die Erwähnung bzw. Prüfung des „Unfalls“ gab es lediglich bei drei der Entscheidungen, da nur dort das Vorliegen eines Arbeitsunfalls bejaht wurde oder die Feststellungen noch nicht abschließend getroffen werden konnten.⁷² In den verbleibenden drei Entscheidungen wäre die Prüfung eines „Unfalls“ entbehrlich gewesen, da das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit verneint wurde.

Was die Unterscheidung der Prüfung im Bereich der versicherten Tätigkeit in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „innerer sachlicher Zusammenhang“ anbelangt, so zeigt sich im fraglichen Zeitraum folgendes Ergebnis: Das BSG nimmt diese Unterteilung in sieben der zehn Entscheidungen

⁶⁴ BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R; BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R und B 2 U 4/13 R; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 10/13 R und B 2 U 18/13 R und B 2 U 13/13 R und B 2 U 14/13 R; BSG v. 23.04.2015 – B 2 U 5/14 R; BSG v. 17.12.2015 - B 2 U 8/14 R und B 2 U 1/14 R.

⁶⁵ BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 18/13 R; BSG v. 17.12.2015 - B 2 U 8/14 R.

⁶⁶ BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R; BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R; BSG v. 04.12.2014 - B 2 U 10/13 R und B 2 U 13/13 R.

⁶⁷ BSG v. 03.04.2014 – B 2 U 25/12 R, RN. 29; BSG v. 04.12.2014 - B 2 U 10/13 R, RN. 27.

⁶⁸ BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R, RN. 11.

⁶⁹ BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 13/13 R, RN. 26.

⁷⁰ BSG v. 23.04.2015 – B 2 U 5/14 R, RN. 12.

⁷¹ BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R, RN.12; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 14/13 R, RN. 11; BSG v. 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R, RN. 10 und B 2 U 1/14 R, RN. 12.

⁷² BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R; BSG v. 04.12.2014 - B 2 U 18/13 R; BSG v. 23.04.2015 – B 2 U 5/14 R.

vor.⁷³ In den anderen drei Fällen findet sich die explizite Unterteilung nur teilweise wieder. So wird in diesen Entscheidungen in „Verrichtung“ und „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“ untergliedert, jedoch der „innerer sachliche Zusammenhang“ nicht einmal namentlich erwähnt.⁷⁴ Aus dem inhaltlichen Kontext ergibt sich jedoch eine Formulierung, die auf den „inneren sachlichen Zusammenhang“ schließen lässt.⁷⁵ Nach der Rechtsprechung des BSG wird ein „innerer sachlicher Zusammenhang“ zwischen Verrichtung und der „versicherten Tätigkeit“ gefordert. Dieser sei dann gegeben, wenn zum Beispiel eine Tätigkeit einem Unternehmen dient, was vom Standpunkt des Handelnden aus zu beurteilen ist.⁷⁶ So heißt es im Urteil vom 23.04.2015: „{...} die von der Klägerin am 29.01.2009 verrichtete Tätigkeit {...}, zutreffend als Verrichtung angesehen, die auf die Erfüllung einer der Klägerin als Beschäftigte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr.1 SGB VII obliegenden Pflicht gerichtet war“, was den inneren sachlichen Zusammenhang begründet.

Insoweit zeigt sich hier eine Tendenz zur Unterscheidung von „grundsätzlich versicherter Tätigkeit“ und „Verrichtung“ innerhalb der Prüfung des Arbeitsunfalls und in den meisten Fällen ebenfalls zur expliziten Prüfung des „inneren sachlichen Zusammenhangs“. Dies erfolgt bei den Entscheidungen der Wegeunfälle (zwei Mal), sowie bei den Versicherungstatbeständen aus § 2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII (vier Mal) und § 2 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII (ein Mal). Bei § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII erfolgt diese Unterscheidung jedoch nicht. Es zeigt sich lediglich bei einer der vier Entscheidungen, dass das BSG die Unterteilung vornimmt. Allerdings handelt es sich dabei um den Sonderfall der sogenannten „gemischten Tätigkeit“.⁷⁷ Im Normalfall prüft das BSG bei diesem Tatbestand (Beschäftigungsverhältnis) direkt die versicherte Tätigkeit ohne eine Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit“, „Verrichtung“ und „innerer sachlicher Zusammenhang“ vorzunehmen.

3.10 Tabelle 2013/2014

Datum	Aktenzeichen	Inhalt	VersTB	Reihenfolge Prüfschema	Abweichung	Unterscheidung grds. vers. Tätigk. / Verrichtung / sachlicher Zusammenhang	Abweichung	Sonstiges
17.12.2015	B 2 U 8/14 R	Wegeunfall, Beweislast Unfallereignis	§ 8 Abs. 1;2 SGB VII i.V. m. §2 Abs.1 Nr.8c SGB VII	nein	Unfall zuerst	ja	RN 12	

⁷³ Vgl. BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R, RN. 12; BSG v. 04.12.2014 – B 2 U 10/13 R, RN. 12.

⁷⁴ BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 7/13 R; BSG v. 23.04.2015 – B 2 U 5/14 R; BSG v. 7.12.2015 – B 2 U 1/14 R.

⁷⁵ BSG v. 23.04.2015 – B 2 U 5/14 R, RN. 15; BSG v. 17.12. 2015 B 2 U 1/14 R, RN. 13.

⁷⁶ Vgl. Kainz, Neurotransmitter 2012, 20.

⁷⁷ BSG v. 26.06.2014 – B 2 U 4/13 R.

3 Einzelberichte

17.12.2015	B 2 U 1/14 R	Arbeitsunfall im Ausland, Weiterbestehen der inländischen Beschäftigung, Tierpfleger	§2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. §8 Abs. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst	nein	Schwerpunkt, ob überhaupt ein Versicherungsverhältnis bestand	
23.04.2015	B 2 U 5/14 R	sachlicher Zusammenhang, Handlungstendenz, wirtschaftliches Interesse, Vereinsmitgliedschaft	§ 2 Abs.1 Nr.1 SGB VII i.V.m. §8 Abs. 1 SGB VII	nein	Verrichtung und Unfall zuerst (RN 12)	nein	innerer sachlicher Zusammenhang nicht erwähnt	
04.12.2014	B 2 U 18/13 R	Wegeunfall, haftungsbegründende Kausalität, wesentliche Wirkursachen, Sterbehilfe	§8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst	ja		
04.12.2014	B 2 U 14/13 R	sachlicher Zusammenhang, eigenwirtschaftliche Tätigkeit, Hochschulsport	§2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII i.V.m. §8 Abs.1 SGB VII	nein	Versicherte Person nur kurz erwähnt, nicht abschließend erläutert, anschließend mit Unfall weiter	ja	RN 11	
04.12.2014	B 2 U 10/13 R	sachlicher Zusammenhang, Sportunfall, Student	§2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII i.V.m. §8 Abs.1 SGB VII	ja	aber keine Unfallkausalität, Haftung geprüft	ja	RN 12	
04.12.2014	B 2 U 13/13 R	sachlicher Zusammenhang, Hochschulsport, Abgrenzung Betriebssport	§ 2 Abs. 1 Nr. 8c SGB VII i.V.m. §8 Abs.1 SGB VII	ja	aber keine Kausalitäten	ja	RN 15	
26.06.2014	B 2 U 4/13 R	sachlicher Zusammenhang, Handlungstendenz, gemischte Tätigkeit	§2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. §8 Abs. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst	ja		
26.06.2014	B 2 U 7/13 R	sachlicher Zusammenhang, betriebliche Gemeinschaftsanstaltung	§2 Abs. 1 Nr.1 SGB VII i.V.m. §8 Abs.1 SGB VII	ja	nur Prüfung Versicherte Tätigkeit, dann Abbruch	nein		
03.04.2014	B 2 U 25/12 R	Jagdunfall, selbständige Tätigkeit (Niederlande), Versicherungsverhältnis (Pflichtvers.)	§2 Abs. 1 Nr. 5 SGB VII i.V.m. §8 Abs. 1 SGB VII	ja	später noch einmal Auflistung Prüfpunkte in Reihenfolge	ja	nur kurz angerissen, da unproblematisch	hier eher auf das Versicherungsverhältnis wert gelegt, weniger auf Unfall

3.11 Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG – Zeitraum 2016/2017

(Hedermann)

Im genannten Zeitraum (bis einschließlich 30.3.2017) hatte das BSG sechs Mal⁷⁸ über einen Arbeitsunfall zu entscheiden. Maßgebender Versicherungstatbestand war in allen Fällen § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII (Beschäftigung), davon zweimal in Form des sog. „Wegeunfalls“⁷⁹ nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII.

Die Prüfungsreihenfolge nach dem „Prüfschema“ hielt das BSG hierbei nur einmal ein.⁸⁰ In der fraglichen Entscheidung lag der Schwerpunkt auf der Problematik des Vorliegens einer versicherten Tätigkeit, die vom BSG verneint wurde. Die weiteren Prüfungspunkte mussten daher nicht mehr thematisiert werden, was auch der Fall war. In sämtlichen anderen Entscheidungen wurde stets der „Unfall“ nach § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII zuerst geprüft, wobei auch hier das Kernproblem jeweils das Vorliegen einer versicherten Tätigkeit war. Dabei war es in der Regel so, dass die Frage des Vorliegens eines „Unfalls“ entweder einfach zu beantworten war⁸¹ oder aber dahinstehen konnte.⁸² Einen sachlichen Grund für die Erwähnung des „Unfalls“ gab es allein in einer der Entscheidungen vom 5.7.2016,⁸³ da nur dort das Vorliegen eines Arbeitsunfalls bejaht wurde. In den verbleibenden vier Entscheidungen wäre eine Prüfung des „Unfalls“ in Ermangelung des Vorliegens einer versicherten Tätigkeit entbehrlich gewesen. Weshalb das Bundessozialgericht den Unfall in diesen Entscheidungen überhaupt thematisierte, in der Entscheidung vom 30.3.2017, in der das Vorliegen eines Arbeitsunfalls ebenfalls verneint wurde, jedoch nicht, ist nicht ersichtlich. Hier ist die Rechtsprechung in sich nicht konsistent.

Zum Begriff des „Unfalls“ ist zudem anzumerken, dass das BSG diesen praktisch durchweg synonym mit dem Begriff des „Unfallereignisses“ verwendet.⁸⁴

Was die Unterteilung der Prüfung im Bereich der versicherten Tätigkeit in „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“, „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“ und „sachlich innerer Zusammenhang“ anbelangt, so zeigt sich im fraglichen Zeitraum folgendes Ergebnis: Das BSG nimmt diese Unterteilung jedenfalls bei den beiden „Wegeunfällen“ vor.⁸⁵ Dem ist inhaltlich zuzustimmen, da sich die Versicherung von Wegen vom und zum Beschäftigungsort in der gesetzlichen Unfallversicherung nicht ohne weiteres

⁷⁸ BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R, B 2 U 19/14 R und B 2 U 5/15 R; BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R; BSG v. 30.3.2017 – B 2 U 15/15 R.

⁷⁹ BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R.

⁸⁰ BSG v. 30.3.2017 – B 2 U 15/15 R.

⁸¹ So in BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R, Rn. 10; B 2 U 19/14 R, Rn. 11; B 2 U 5/15 R, Rn. 14; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R, Rn. 13.

⁸² So in BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R, Rn. 15.

⁸³ B 2 U 19/14 R.

⁸⁴ Vgl. BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R, Rn. 10; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R, Rn. 13; letztlich auch in BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 5/15 R, Rn. 14 und BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R, Rn. 15 (Formulierung jeweils: „...Unfall und dadurch einen Gesundheitsschaden erlitten...“); nicht ganz eindeutig insoweit BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 19/14 R, Rn. 11 („...Unfall mit einem Körperschaden...“).

⁸⁵ Vgl. BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 16/14 R, Rn. 13; BSG v. 20.12.2016 – B 2 U 16/15 R, Rn. 12.

ergibt und einer gesonderten Begründung bedarf. Dass solche Wege überhaupt versichert sind, ist nicht selbstverständlich, insbesondere in Anbetracht einer fehlenden zivilrechtlichen Einstandspflicht von Unternehmen für diesbezügliche Unfälle. Als Korrektiv zu dieser rechtlichen Situation hat die Rechtsprechung stets einen Zusammenhang zwischen Weg und betrieblicher Tätigkeit gefordert, der im Wortlaut des § 8 Abs. 2 SGB VII auch zum Ausdruck kommt („...des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden Weges...“).⁸⁶

In den übrigen Fällen findet sich die explizite Unterteilung nur fragmentarisch wieder. Dies kommt schon im „Ausgangstextbaustein“ zum Ausdruck.⁸⁷ Hier spricht das BSG davon, dass der bzw. die Verletzte „...durch eine Verrichtung vor dem fraglichen Unfallereignis den gesetzlichen Tatbestand einer versicherten Tätigkeit erfüllt hat und deshalb Versicherter ist.“ Im zeitlich letzten Urteil wird dies durch den Klammerzusatz „innerer bzw. sachlicher Zusammenhang“ ergänzt. In der Prüfung der versicherten Tätigkeit selbst taucht der Begriff des sachlichen Zusammenhangs dann aber nur noch in zwei der Entscheidungen auf, einmal tatsächlich bei der Prüfung der Frage des Zusammenhangs zwischen Verrichtung und (grundsätzlich versicherter) Beschäftigung,⁸⁸ in der anderen Entscheidung wieder in Bezug auf einen (diesmal betrieblichen) Weg.⁸⁹ Ansonsten prüft das BSG, ob das Verhalten bzw. die Tätigkeit des oder der Verletzten unmittelbar vor dem Unfall den Tatbestand einer versicherten Tätigkeit (hier der Beschäftigung) erfüllt. Insoweit zeigt sich hier zumindest eine Tendenz zur Prüfung der versicherten Tätigkeit ohne den „Zwischenschritt sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“.

3.12 Tabelle 2016/2017

Datum	Aktenzeichen	Inhalt	VersTB	Reihenfolge Prüf-schema	Abweichung	Unterscheidung grds. vers. Tätigk. / Verrichtung / sachlicher Zusammenhang	Abweichung	Sonstiges
30.03.2017	B 2 U 15/15 R	Weg zur Toilette, Betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	Ja	---	nein	nur Prüfung, ob Vorliegen einer "versicherten Tätigkeit", siehe insbesondere Rn. 15	
20.12.2016	B 2 U 16/15 R	Wegeunfall, sachlicher Zusammenhang bei nicht aufklärbarem Irrtum	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst geprüft	ja	---	WEGEUNFALL

⁸⁶ Vgl. dazu auch jurisPK-SGB VII/Wagner, § 8 Rn. 177 f.

⁸⁷ Vgl. BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 19/14 R, Rn. 11; BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 5/15 R, Rn. 13; BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R, Rn. 14; BSG v. 30.3.2017 – B 2 U 15/15 R, Rn. 14.

⁸⁸ Vgl. BSG v. 15.11.2016 – B 2 U 12/15 R, Rn. 19 und 27.

⁸⁹ Vgl. BSG v. 5.7.2016 – B 2 U 5/15 R, Rn. 25.

3 Einzelberichte

15.11.2016	B 2 U 12/15 R	Gemeinschaftsveranstaltung Fußballturnier	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst geprüft (Ergebnis "konnte dahinstehen")	nein	nur Prüfung, ob Vorliegen einer "versicherten Tätigkeit", siehe insbesondere Rn. 17 (allerdings Erwähnung des "sachlichen Zusammenhangs" in Rn. 15)	
05.07.2016	B 2 U 5/15 R	Betriebsweg, häusliche Arbeitsstätte, Nahrungsaufnahme	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst	nein	nur Prüfung, ob die "Verrichtung den Tatbestand einer versicherten Tätigkeit" erfüllt	
05.07.2016	B 2 U 19/14 R	Weihnachtsfeier	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall und Kausalitäten zuerst	teilweise	Prüfung, ob ein innerer Zusammenhang mit der den Versicherungsschutz begründenden Tätigkeit vorliegt (Rn. 12), Abstellen auf "einen den Versicherungsschutz begründende Tätigkeit"	
05.07.2016	B 2 U 16/14 R	Wegeunfall, Abweg, Unterbrechung	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII i.V.m. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	nein	Unfall zuerst	ja	---	WEGEUNFALL

4 Präsentation der Ergebnisse am 8.12.2017, HGU

(Baumann/Becker/Beiter/Brummer/Dille/Eckardt/Faßbender/Grille/Hill/Hintermayer/Karg/Krauß/Noack/Palz/Schneider)



Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

Forschungsprojekt

Wintersemester 2017/2018

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)



So machen die das nicht...

- wird oft zum Thema „ Das Prüfschema zum Arbeitsunfall des BSG“ geäußert
- niemand behauptet bisweilen das Gegenteil
- Äußerungen hierzu erfolgen oft nur „ins Blaue hinein“
- deshalb:
 - wissenschaftliche Aufarbeitung der Problematik
 - „machen die das so oder nicht?“

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

2

Gliederung

- I. Problemaufriss
- II. Forschungsansatz und Methode
- III. Die Rechtsprechung des BSG
- IV. Ergebnisse
- V. Fazit

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

3

I. Problemaufriss

- Legaldefinition des Arbeitsunfalls findet sich in § 8 Abs. 1 SGB VII
- Das Gesetz gibt damit vor, welche Merkmale für das Vorliegen eines Arbeitsunfalls erfüllt sein müssen
- Problem:
 - wie sind die Merkmale im konkreten Fall zu prüfen?
 - inhaltliche Aufarbeitung der einzelnen Tatbestandsmerkmale
 - Reihenfolge der Prüfung
 - Erfüllung sämtlicher Merkmale für die Bejahung eines Arbeitsunfalls

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

4

1. Die gesetzlichen Merkmale des Arbeitsunfalls

a. Unfall

- zeitlich begrenztes, von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis
- Gesundheitsschaden oder Tod
- verbindender Zusammenhang im Sinne einer kausalen Verknüpfung

b. versicherte Person

c. den Versicherungsschutz nach § 2, 3, 6 SGB VII begründende Tätigkeit

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

5

1. Die gesetzlichen Merkmale des Arbeitsunfalls

- inhaltlich unterschiedlicher Gehalt der Merkmale b. und c.?
 - Verrichtung einer versicherten Person ist nicht immer auch versicherte Tätigkeit
 - versicherte Tätigkeit ist jedoch immer von einer versicherten Person ausgeübt
 - Merkmal „versicherte Person“ entbehrlich, da dieses bei Vorliegen einer versicherten Tätigkeit erfüllt ist
 - **aber:** von Interesse im Zusammenhang der Zuständigkeitsbestimmung

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

6

1. Die gesetzlichen Merkmale des Arbeitsunfalls

- Kausalitätsprüfung:
 - erst am Ende sinnvoll
 - zunächst Vorliegen „Unfall“ und „versicherte Tätigkeit“ erforderlich
 - selbiges gilt für Merkmale „innerhalb“ des Unfallbegriffs

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

7

2. Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ des BSG

1. versicherte Person
2. grundsätzlich versicherte Tätigkeit
3. Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses
4. Sachlicher bzw. innerer Zusammenhang zwischen 2. und 3.
5. Unfallereignis
6. Unfallkausalität (zwischen 5. und 2. bis 4.)
7. Gesundheits(erst)schaden oder Tod
8. Haftungsbegründende Kausalität (zwischen 5. und 7.)

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

8

2. Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ des BSG

- Unfallbegriff des Gesetzes wird „auseinandergerissen“
- Prüfungsreihenfolge sodann:
 - Unfallereignis
 - Unfallkausalität
 - Gesundheits(erst)schaden oder Tod

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

9

2. Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ des BSG

- Aufgliederung des TBM „den Versicherungsschutz begründende Tätigkeit“ in drei „Unterpunkte“:
 - „grundsätzlich versicherte Tätigkeit“
 - „Verrichtung zur Zeit des Unfallereignisses“
 - „sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

10

II. Forschungsansatz und Methode

- Aufarbeitung von 12 Jahren Rechtsprechung des BSG zum Thema Arbeitsunfall
- Sechs Arbeitsgruppen mit jeweiligen Zeitraum von 2 Jahren ab 2006

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

11

II. Forschungsansatz und Methode

- Leitfragen:

1. Hält sich das BSG an seine eigene Prüfungsreihenfolge?
2. Hält das BSG die Unterscheidung zwischen „grundsätzlich versicherter Tätigkeit, konkreter Verrichtung und sachlichem bzw. innerem Zusammenhang“ konsequent durch?

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

12

II. Forschungsansatz und Methode

- Erfassung des Versicherungstatbestandes (§§ 2, 3 oder 6 SGB VII)
- Beantwortung der Fragen i. S. „Ja-Nein-Antwort“, ggf. die konkrete Abweichung
- Je Forschungsgruppe Anfertigung eines Berichtes für entsprechenden Zeitraum → mit eigenen Schlussfolgerungen
- Gemeinsame Analyse mit zusammengeführten Ergebnissen

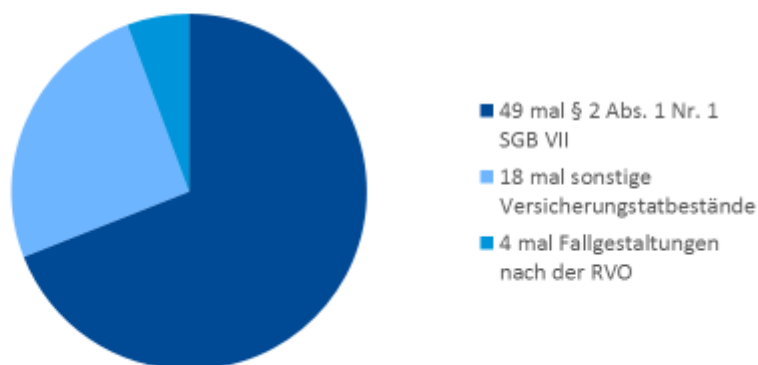
© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

13

III. Die Rechtsprechung des BSG

Versicherungstatbestände der 71 Entscheidungen



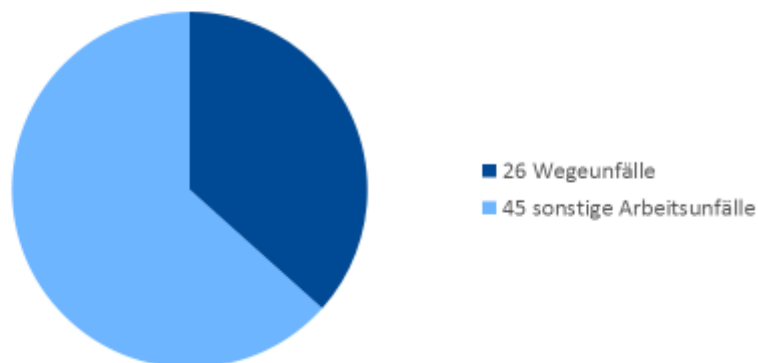
© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

14

III. Die Rechtsprechung des BSG

Wegeunfälle nach § 8 Abs. 2 SGB VII

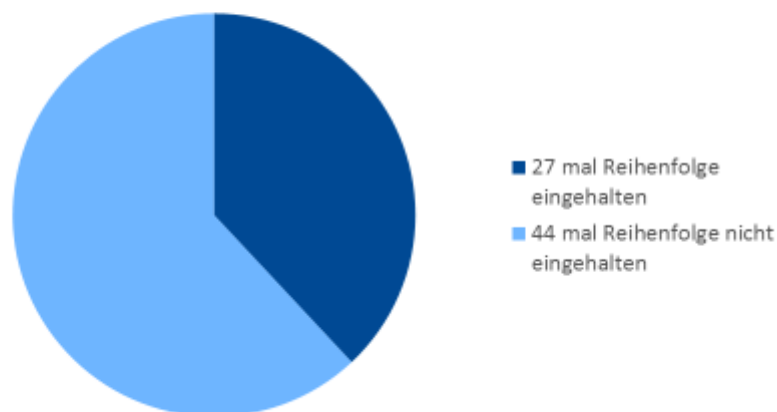


© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

15

1. Einhaltung der Reihenfolge des „Prüfschemas“



© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

16

1. Einhaltung der Reihenfolge des „Prüfschemas“

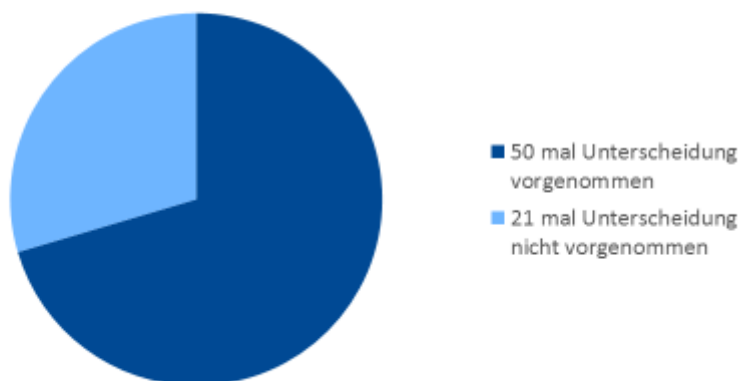
- Prämisse: Prüfung ist nach dem „Prüfschema“ zwingend abubrechen, wenn festgestellt wird, dass eines der Merkmale nicht vorliegt
- Reihenfolge wurde aber in der weit überwiegenden Anzahl der Entscheidung verändert
- Dabei wurde zumeist der „Unfall“ bzw. das Vorliegen eines „von außen auf den Körper einwirkenden Ereignisses“ an den Anfang der Prüfung gestellt

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

17

2. Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“



© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

18

2. Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“

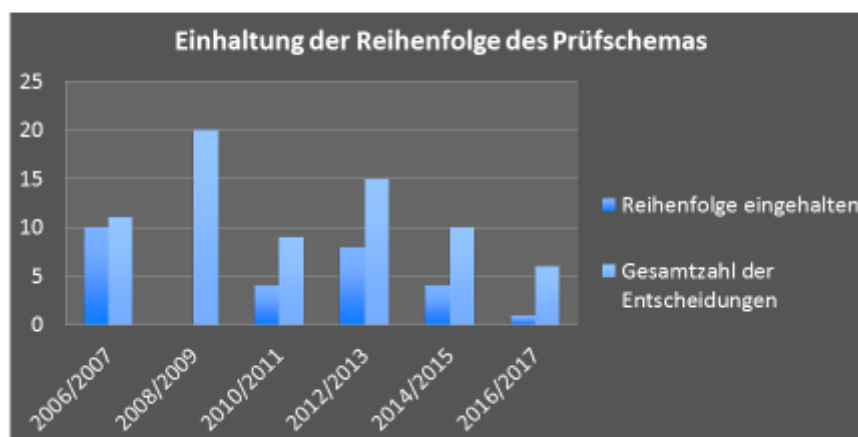
- Ist oft schwierig zu beurteilen, ob die Unterteilung vorgenommen wird oder nicht, da die Ausführungen des BSG nicht ganz eindeutig sind
- Beispiele:
 - ❖ BSG vom 20.03.2007 – B 2 U 19/06 R (Wegeunfall nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 und 2a SGB VII)
 - ❖ BSG vom 18.11.2008 – B 2 U 27/07 R (Sachverhalt nach § 2 Abs. 1 Nr. 13a bzw. 13c SGB VII) und vom 10.10.2006 – B 2 U 20/05 R (ebenfalls Sachverhalt nach § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII)
 - ❖ BSG vom 04.07.2013 – B 2 U 3/13 R

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

19

3. Entwicklung der Rechtsprechung

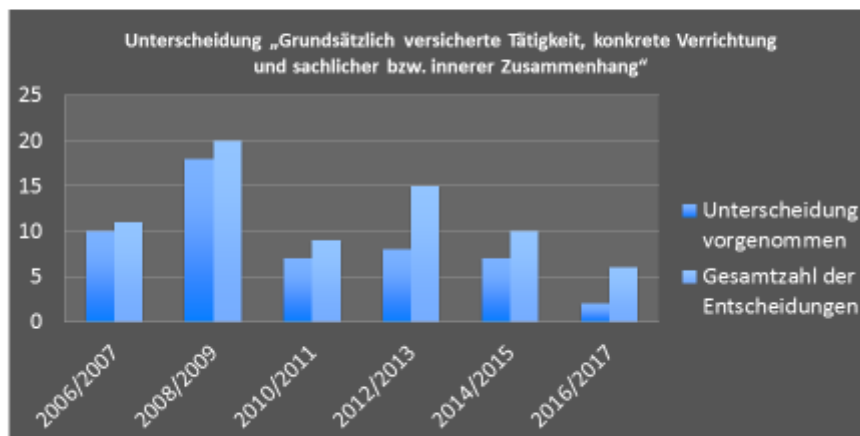


© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

20

3. Entwicklung der Rechtsprechung



Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

21

IV. Ergebnisse

- BSG hält sich nur bedingt an Reihenfolge des „Prüfschemas Arbeitsunfall“
- von 2006 bis 2017 weicht es zunehmend ab
- Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“ auch nur noch sporadisch



© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

22

1. Reihenfolge

- Einhaltung durch das BSG nur für kurzen Zeitraum
- Vorliegen eines Arbeitsunfalls → alle Prüfpunkte müssen vorliegen, daher Reihenfolge nicht unbedingt einzuhalten
- Nichtvorliegen eines Tatbestandsmerkmals → Abbruch der Prüfung
- unproblematische Voraussetzungen dürfen nur nach vorne gezogen werden, wenn ein Arbeitsunfall vorliegt → in über der Hälfte der Entscheidungen nicht der Fall
- auch der Gesetzeswortlaut beginnt mit dem Unfallbegriff

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

23

2. Unterscheidung „grundsätzlich versicherte Tätigkeit, konkrete Verrichtung und sachlicher bzw. innerer Zusammenhang“

- Notwendigkeit der Unterteilung, weil nicht das gesamte Handeln im Laufe eines Arbeitstages unter Versicherungsschutz steht
- Urteil vom 15. Mai 2012: „früherer Sprachgebrauch“
- Geltungsbereich nicht für Wegeunfälle:
 - hier Prüfung eines sachlichen Zusammenhangs erforderlich, da sich die Versicherung auf Wegen vom und zum Beschäftigungsort nicht ohne weiteres ergibt
 - geforderter Zusammenhang kommt wie folgt in § 8 Abs. 2 SGB VII zum Ausdruck: „...des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden Weges...“

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

24

3. Sonstiges

- bisheriges Vorgehen des BSG erscheint nachvollziehbar
- synonyme Verwendung von „Unfall“ und „zeitlich begrenztes, von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis“
- entspricht nicht dem Gesetzeswortlaut
→ Zusammenhang zwischen „versicherter Tätigkeit“ und „Unfall“ (d. h. Unfallereignis & Gesundheitsschaden) gefordert
- beruht auf der „Zwischenschaltung“ der Prüfung der Unfallkausalität zwischen den Elementen des § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

25

V. Fazit

- „So machen die das nicht.“ → weitgehende Zustimmung
- Entscheidungen des BSG ergaben differenziertes Bild
- Tendenz zur Loslösung vom „Prüfschema Arbeitsunfall“
- Andeutung des BSG im Jahr 2012: Möglichkeit eines neuen siebenstufigen Prüfschemas

© Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Das „Prüfschema Arbeitsunfall“ in der Rechtsprechung des BSG

26

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!